Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 272. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 14. Juni 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

68. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (13. Juni).

Eröffnung 9½ Uhr. Am Ministertisch der Finanzminister v. Bodelschwingh mit vier Commissaren. Später die Minister v. Bismack, v. Roon und v. Selchow.

Präsident Grabow legt eine Mißtrauens-Adresse des conservativen Vereins der Bezirke 66 a. b. und c. in Berlin auf dem Büreau des Hauses nieder.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetcommission über die Nachweisung des Vermögens des Staatsschatzes in den Jahren 1863 und 1864 und über die Rendantur des Staatsschatzes pro 1860—62. — Referent ist der Abg. Reichenheim. Die Commission hat folgende Anträge gestellt: 1) Das Haus wolle beschließen zu erklären: die geschehene Entnahme von Geldmitteln aus dem Staatsschatze ohne gesetzliche Ermächtigung durch die Landesvertretung ist verfassungswidrig und das Staatsministerium bleibt für die so entnommenen Beträge verantwortlich. 2) Das Haus wolle beschließen: a) die von der k. Staatsregierung fortgesetzt verweigerte Vorlegung der speciellen Nachweisung der Activ-Bestände bei der Rendantur des Staatsschatzes mit den verfassungsmäßigen Rechten der Landesvertretung als unvereinbar zu erklären; b) bis zur Vorlegung der speciellen Nachweisung der ultimo 1862 bei dem Staatsschatze verbliebenen Activ-Forderungen die Ertheilung der Entlastung rücksichtlich der Rechnung der Rendantur des Staatsschatzes für die Jahre 1860, 1861 und 1862 vorzuenthalten.

Die Discussion wird über den ersten Antrag eröffnet. Abg. Graf zu Eulenburg (gegen d. A.): Darüber sind Alle einig, daß für die Entnahmen aus dem Staatsschatze die Zustimmung der Landesvertretung nothwendig sei. Es fragt sich nur, ob die vorgängige Zustimmung nothwendig sei und nicht unter Umständen auch die nachträgliche genüge, zumal der Staatsschatz seinem Wesen nach ein Kriegsschatz ist und für unvorhergesehene Fälle dient. Im vorliegenden Falle haben die Entnahmen stattgefunden für den Krieg und die Grundsteuer-Regulirung. Ein Beschluß über die erstere Verwendung hängt so eng mit der Kriegskostenvorlage zusammen, daß er vor der Discussion über die letztere nicht zu fassen ist.

Finanzminister v. Bodelschwingh: Bei dem Erlaß des Grundsteuer-Gesetzes von 1861 war die Entnahme der Regulirungskosten aus den Mitteln des Staats vorgesehen. Die flüssigen Mittel aus den Staatseinnahmen waren bereits etatsmäßig verwendet und ob jene Kosten aus den Ueberschüssen oder aus dem Staatsschatze entnommen wurden, war gleichbedeutend. Die Regierung glaubte sich zu ihrem Verfahren durchaus befugt und wird die allmählich eingehenden Rückerstattungen in den Staatsschatz zurückführen.

Abg. v. Hoverbeck: Die Nothlage, auf die sich die Regierung beruft, entsprang eben daraus, daß die Regierung gegen den Willen des Hauses, das ihr die Fähigkeit dazu absprach, einen Krieg anfing, und in solche Lagen wird sie jedesmal gerathen, wenn sie im Widerspruch mit der Landesvertretung Kriege anfängt, zu denen ihr die Anlehen verweigert werden. Sie wußte außerdem, daß sie auf Ertheilung von Indemnität nicht zu rechnen hatte, ihr nachträgliches Gesuch ist illusorisch und sie bleibt für die geschehenen Entnahmen verantwortlich.

Graf zu Eulenburg: Ich bin erstaunt zu hören, daß der Herr Vorredner die Ertheilung der Indemnität für die Verwendungen zu einem Kriege, der den Zweck hatte, die Herzogthümer vom dänischen Joche zu befreien, für unmöglich hält. (Zustimmung rechts.)

Abg. Lasker für den Antrag der Commission.

Abg. v. Forckenbeck: Der Herr Finanzminister unterscheidet nicht die Staatskasse vom Staatsschatze. Der letztere beruht auf einem Gesetze, das über die Verwendung des Schatzes bestimmte Vorschriften enthält. Der Herr Minister interpretirt dies Gesetz in der Weise, die wir kennen und gegen die Einspruch erhoben werden muß.

Reg.-Commissar Homeyer: Das Verfahren der Regierung war legal und nothwendig, nachdem das Haus erklärt, es werde ihrer Politik mit allen Mitteln entgegentreten.

Abg. v. Bockum-Dolffs: Nach dem Gesetz von 1820 verfügt über den Staatsschatz der Gesetzgeber, d. h. also nach Emanation der Verfassung die drei Factoren der Gesetzgebung; eine einseitige Entnahme aus dem Staatsschatze ist nicht im Einklange mit der Verfassung.

Abg. v. Forckenbeck constatirt, daß der Reg.-Commissar sich gegen die Vermischung von Staatskasse und Staatsschatz nicht verwahrt hat, daß sie also factisch in die Auffassung der Staatsregierung übergangen ist.

Abg. Reichenheim vertritt als Berichterstatter zum Schluß noch einmal die Commission. (Während seines Vortrages treten der Minister-Präsident v. Bismarck und der Kriegsminister v. Roon in den Saal.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Grafen zu Eulenburg, die Beschlußfassung über Antrag 1 bis nach der Kriegskosten-Vorlage auszusetzen, abgelehnt und der Antrag 1 mit überwiegender Majorität angenommen. Für ihn stimmen nur die Conservativen.

Es folgt die Discussion über den Antrag 2.

Gegen Antrag 2 erklärt sich zunächst Graf zu Eulenburg: Die Regierung hat ihre Schuldigkeit gethan; sie hat Mittheilungen über den Staatsschatz nicht verweigert, sondern sie nur zweien Mitgliedern der Budget-Commission machen wollen.

Abg. v. Hennig: Die Commission hatte zur Entgegennahme von vertraulichen Mittheilungen kein Mandat. Zur Sache selbst ist unerwiesen, ob der Staatsschatz aus den Dispositionsfonds entstanden ist; die Commission kann daher keine pflichtmäßige Prüfung, die zur Decharge führt, eintreten lassen. Dispositionsfonds können zu Geschenken, wie bei Ueberschwemmungen und sonst geschehen ist, verwendet werden. Die Gewährung von Darlehen aber belastet den Staat und fällt in den Kreis der Genehmigung seitens der Landesvertretung.

Reg.-Commissar Homeyer: Man kann sich leicht von der Wahrheit der Behauptung überzeugen, daß der Staatsschatz aus dem Dispositionsfonds entstanden ist. Wäre die Commission auf das Angebot vertraulicher Mittheilung eingegangen, so würde sie volle Befriedigung über den Thatbestand gefunden haben.

Abg. v. Mitschke-Collande: In früheren Jahren hat die Budget-Commission stets zwei Mitglieder zur Entgegennahme von Mittheilungen über den Staatsschatz abgeordnet. Die Verhältnisse des Schatzes, der ein Glück für Preußen sei, müssen vor dem Auslande geheim bleiben.

Abg. v. Hennig: Es kann durchaus Niemand schaden, wenn offen der Commission mitgetheilt wird, wer Darlehne und in welchem Betrage er sie aus dem Staatsschatze erhalten hat.

Abg. v. Forckenbeck: Nichts liegt der Budgetcommission ferner, als die Verwendungen an sich anzugreifen, die aus dem Dispositionsfonds gemacht worden sind. Ist aber ein solcher Fonds durch Zurückfließen in den Staatsschatz Staatseigenthum geworden, so muß die Landesvertretung Kenntniß davon nehmen. Abg. Reichenheim vertritt als Berichterstatter die Commission. Der Staatsschatz, bemerkt er, ist kein Glück für den Staat. Der wahre Staatsschatz für die Regierung ist die Zustimmung der Mehrheit des Landes. — Bei der Abstimmung wird Antrag 2 in seinen beiden Theilen mit großer Mehrheit angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Commission über die Vorlage der kgl. Staatsregierung, betr. die außerordentlichen Ausgaben, welche durch den Krieg gegen Dänemark veranlaßt sind. Ref. ist der Abg. Twesten. Die Commission stellt folgenden Antrag: „den Antrag der k. Staatsregierung, welcher dahin geht: der Landtag wolle der stattgefundenen Verwendung der Verwaltungs-Ueberschüsse der Jahre 1863 und 1864 im Betrage von resp. 5,351,608 Thlr. 20 Sgr. 8 Pf. und 6,861,828 Thlr. 19 Sgr. 8 Pf., sowie einer Summe von 1 Mill. 304,089 Thlr. 12 Sgr. 8 Pf. aus dem Staatsschatze zur Bestreitung der Kosten des Krieges gegen Dänemark nachträglich seine Zustimmung ertheilen und zugleich sich damit einverstanden erklären, daß die aus derselben Veranlassung herrührenden Ausgaben zur Verstärkung der artilleristischen und fortificatorischen Ausrüstung mit dem Betrage von 4,256,900 Thlr., vorbehaltlich des rechnungsmäßigen Nachweises, ebenfalls aus dem Staatsschatz nach Bedarf entnommen werden, — abzulehnen."

Zu diesem Antrag hat Abg. Michaelis folgendes Amendement gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: das Interesse Preußens und Deutschlands fordert, daß die definitive Regelung der Verhältnisse Schleswig-Holsteins schleunigst herbeigeführt werde, daß jedoch eine staatliche Constituirung der Elbherzogthümer nur unter solchen Maßgaben stattfinde, welche eine unlösliche Verbindung zwischen denselben und Preußen feststellen, die den Schutz der Nordgrenzen Deutschlands und die Entwickelung einer Achtung gebietenden Marine unter der dem Verhältniß der beiderseitigen Kräfte entsprechenden Mitwirkung der Elbherzogthümer in Preußens Hände legt und die zu diesem Zweck nöthigen territorialen, finanziellen und militärischen Vorbedingungen gewährleistet.

Ein zweites Amendement des Abg. Wagener (Neustettin) lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) der stattgefundenen Verwendung der zur Bestreitung der Kosten des Krieges gegen Dänemark verausgabten Summen, vorbehaltlich der demnächstigen etatsmäßigen Behandlung und resp. des rechnungsmäßigen Nachweises, unter Anerkennung der erzielten Resultate, nachträglich seine Zustimmung zu ertheilen. 2) Die Erwartung auszusprechen, daß die königliche Staatsregierung anstreben werde, nöthigenfalls unter Abfindung etwa berechtigter Erbprätendenten, die Elbherzogthümer der preußischen Monarchie zu erwerben."

Unterzeichnet ist der Antrag von den Mitgliedern der conservativen Fraction, darunter auch Freiherr v. Gablenz.

Die Discussion wird sich über den Antrag der Commission und die gestellten Amendements zugleich erstrecken. Die Feststellung der Rednerliste ergiebt folgendes Resultat: für den Commissions-Antrag die Abg. Duncker, Waldeck, Löwe (Bochum), Schulze (Berlin), Meibauer, Dr. Langerhans, Jung, Frese (Minden), Dr. Virchow und Schollmeyer; gegen den Commissions-Antrag: Wagener (Neustettin), Schultz (Borken), Dr. Ziegert, Graf Wartensleben, v. Vincke, Michaelis, Mommsen und v. Blanckenburg.

Zum Eingang der Discussion ergreift das Wort der Referent Abg. Dr. Twesten. Er erwähnt zunächst, daß eine Adresse aus Baden und eine, mit vielen tausend Unterschriften versehene, aus den Herzogthümern, mit der Bitte um Wahrung der Herzogthümer, an die Commission gelangt ist. Dann fährt er fort: Aeußerlich kann man sagen: „Der Krieg ist geführt, das Geld ist ausgegeben, die Mittel müssen bewilligt werden." Dieses Haus hat aber jede Frage nur in gesetz- und verfassungsmäßiger Weise zu behandeln, und diese Rücksicht verbietet die Annahme der Vorlage. Welch ein staatliches Interesse soll denn darin liegen, daß wir vor Allem eine finanzielle Frage ordnen, während alle übrigen ungeordnet sind, 20 - 30 Millionen erledigen, während 3—400 Millionen zukünftiger Beschlüsse harren? — Der Hr. Ministerpräsident äußerte, uns triebe nur die Neugier. Ich dächte, wir hätten das Gegentheil bewiesen, da wir vier volle Monate hindurch kein Wort über diese Frage verloren, sondern gewartet haben, bis sie an uns herantrat. Nach meiner Meinung drückt der Antrag Michaelis die Stellung des Hauses zur politischen Frage am Besten aus und steht zugleich in Uebereinstimmung mit unseren vorjährigen Beschlüssen. Das Ziel des Antrages des Abg. Wagener ist die Annexion. In gewissen Zeiten mag die Regierung dasselbe Ziel verfolgt haben, wenn man auch jetzt zu der Annahme berechtigt ist, die Regierung verfolge Aehnliches, wie der Antrag Michaelis. So viel steht fest, daß das anfängliche Ziel der Regierung niemals klar und fest ausgesprochen war. (Redner zählt die verschiedenen Aussprüche der Regierung über ihre Stellung zu der Thronfolgefrage in den Herzogthümern her.) Es ist möglich, daß das, was der Hr. Ministerpräsident anfänglich über seine Ziele gesagt hat, nicht ernstlich gemeint war, dafür sprechen viele Andeutungen und mündliche Aeußerungen des Hrn. Ministerpräsidenten (der bekanntlich nicht zu den schweigsamen Leuten gehört, nicht als ob der Hr. Minister etwas sagt, was er nicht sagen will, aber der Oranier unter den Staatsmännern ist er nicht); wird indessen jetzt eine Eroberung in das Auge gefaßt, dann ist es geboten, den Abschluß zu verhindern. Das Haus kann auf die Spezialitäten der Forderungen der Depesche vom 22. Februar d. J. nicht eingehen, aber, wenn von dem Schicksal dieser Forderungen die Entscheidung über die Erbfolgefrage abhängen soll, so geht daraus hervor, daß man die Zustimmung Oesterreichs nicht erwartete und nicht wollte.

Der Antrag Wagener bestimmt mich noch mehr zu dieser Annahme. Wenn jetzt in der Zeit großer europäischer Verwickelungen und Umgestaltungen der Sinn für das Recht leidet, auch in Preußen, da das Grundrecht des Landes in Frage gestellt ist, so ist es doch nicht im preußischen Interesse, sich willkürlich über das hinwegzusetzen, was das Herz Deutschlands bewegt und das Recht des schleswig-holsteinischen Volkes ist. Wir haben im vorigen Jahre ausgeführt und angenommen, daß der Herzog von Augustenburg der am meisten erbberechtigte Prätendent ist. Hieran hat sich nichts geändert und wird sich auch durch das Gutachten der Kronsyndici nichts ändern. Wir auf dieser Seite des Hauses sind nicht verpflichtet, uns vor der Legitimität zu beugen. Wir sind der Ansicht, daß jedes eroberte Recht sich beugen muß, wenn das Volk ihm einen Widerspruch entgegensetzt (Sehr richtig). Wir sind nicht der Meinung, daß diese Streitfragen von Juristen gelöst werden können, diese Prozesse entscheidet die Weltgeschichte nach dem Gesetz der Nothwendigkeit (Beifall). Solche Rechte des Volks oder der Fürsten darf man nicht verspotten in jedem beliebigen Augenblick, und wir dürfen heute nicht die Rechte aufgeben, zu denen wir uns im vorigen Jahre bekannt haben, unsere einstimmige Ueberzeugung, daß die nächsten Rechte der Herzog von Augustenburg hat. — Wenn das Ministerium nur die Trennung der Herzogthümer von Dänemark wollte, so war die Politik des Ministerpräsidenten eine gewandte, geschickte, kühne und erfolgreiche; Preußen hat gezeigt, daß es einen eignen Willen hat, nicht nach andern Mächten fragt, keine Interventionen fürchtet.

Nach langer schwächlicher Politik ist endlich ein Erfolg erzielt, und das wird die Geschichte nicht vergessen (Sehr richtig rechts). Wir haben trotz der Mißgunst auswärtiger Mächte, trotz des unglaublich heftigen Einspruchs Englands einen großen militärischen und politischen Erfolg erzielt (Beifall); in solchen Dingen können die verschiedensten politischen Parteien einig sein. Auch eine Regierung, die das Landesrecht mißachtet, kann für einen Zuwachs nach außen sorgen, das ist geschehen, das Ansehen Preußens hat im Auslande gewonnen. Wenn ich die Politik des Herrn Ministerpräsidenten im Uebrigen betrachte, so flößt mir zunächst das Bündniß mit Oesterreich Bedenken ein. Die Denkschrift sagt, es seien dadurch die Gefahren der auswärtigen Intervention abgeschwächt, dieser Erfolg wäre aber auch, und vielleicht nachdrücklicher erreicht worden, wenn Preußen an der Spitze des deutschen Bundes den Krieg geführt hätte. Wer sollte der Sache Preußens entgegentreten, wenn es an der Spitze der Mittelstaaten stände? Herr Wagener sagt, es sei ein Vorzug, daß wir nur mit Oesterreich gegangen: ihm erscheint dies „Nur" ein ungemein wichtiges, die Lösung scheint mir bei der Bedingung, daß nur in Uebereinstimmung mit Oesterreich verfahren werden kann, eine ganz unmögliche. Die schleunige Erledigung liegt aber im dringendsten Interesse Preußens, denn, abgesehen von den künftigen zweifelhaften Folgen und Eventualitäten, muß der Kanal und der kieler Hafen bald für Preußen erworben werden, die Zukunft unserer Marine hängt davon ab. Beschleunigung ist aber nur möglich, wenn das Verhältniß Preußens zu Oesterreich definitiv geordnet wird. Die Eroberung Schlesiens erforderte nur ein Jahr, die Behauptung der Eroberung machte einen siebenjährigen Krieg nöthig. Mit Schleswig-Holstein kann es leicht ebenso kommen. Wider den Willen der Bevölkerung und gegen ihr Recht darf die Eroberung nicht erfolgen, damit und ohne Anerkennung der übrigen Mächte wären die Herzogthümer ein gefährlicher und zweifelhafter Besitz. Preußen ist nicht in der Lage, die Herzogthümer gegen den Widerspruch der übrigen Mächte zu behaupten. Bei der Stimmung aber, wie sie jetzt in den Herzogthümern ist, dürfte sich die Bevölkerung schwerlich bald unseren Forderungen fügen. — Die zweideutigen Ziele unserer Regierung nach außen, und die Stellung derselben zu dem Augustenburger hat den Anschluß der Herzogthümer nicht gefördert, der Herzog ist nun einmal der Mann, den die Bevölkerung mit ihrem Rechte identifizirt hat, dem sie deshalb gehuldigt und geschworen, und von dem sie um so schwerer abzubringen sein wird, als er die Säule für die Hoffnungen ihrer Zukunft ist.

Aus diesen Gründen bin ich gegen den Antrag des Abg. Wagener. Anders verhält es sich mit den Leistungen der Herzogthümer für Preußen, die dies letztere in seinem eigenen und im Interesse Deutschlands stellt. Die Herzogthümer können ebenso wenig, wie irgend ein anderer deutscher Staat etwas leisten, wenn sie sich nicht im engsten Anschluß an Preußen befinden. Die Nationalpartei, die stets Preußen an der Spitze des deutschen Bundes sehen wollte, hat jetzt ihr Programm aufgegeben, veranlaßt durch die jetzige Politik der Regierung, zum Theil unter dem Vorwande derselben. Wir aber dürfen diese künftige Gestaltung Deutschlands nicht außer Augen lassen, es ist keine andere bundesstaatliche Gestaltung möglich. Wer glaubt, kleine Staaten könnten etwas leisten, der irrt sich, sie sind nicht im Stande, eine Aufgabe zu erfüllen. Aristoteles sagt, ein spannelanges Schiff ist kein Schiff mehr, und Themistocles sagte einmal: „Du hättest gut geredet, wenn du einen Staat hinter dir gehabt hättest", ich glaube, auf der londoner Conferenz hätte man diese Antwort vielleicht Herrn v. Beust mit Erfolg geben können. (Heiterkeit.) Wer in meiner Betonung einen preußischen Partikularismus erblicken möchte, der irrt sich gleichfalls, Preußen ist nicht eine Blüthe und Consequenz, sondern die Aufhebung und Ueberwindung der Partei des Partikularismus (Beifall). Wir dürfen nicht nationale von staatlichen Aufgaben trennen, die Mittel, große Aufgaben zu lösen, finden wir nur in Preußen (Beifall). Daß durch die neuesten Vorgänge die Bundespolitik gelockert ist, steht fest, gleichviel, ob es in der Absicht des Herrn Ministerpräsidenten lag oder nicht. Es ist kein Unglück, daß die Bundeskriegsverfassung dadurch den letzten Stoß erhalten hat, seit ihrem fünfzigjährigen Bestehen hat Niemand im Ernste etwas von ihr erwartet, sie war nur möglich gegenüber der Ruhe in Europa, war etwas Ernsthaftes zu thun, so haben es die deutschen Großmächte allein gethan.

Seitdem sie in den letzten Jahren erklärt haben, sie würden sich an den deutschen Bund nicht kehren, hat dieser seine letzte Bedeutung verloren. Jetzt müssen aber andere Formen an seine Stelle treten. Im vorliegenden Falle soll nicht blos ein Mittelstaat neu gegründet, sondern auch die Leistungen des neuen Staates sollen festgestellt werden, und Preußen hat durch seine Leistungen und Opfer über die Constituirung mitzusprechen. Anfangs wollte in den Herzogthümern jeder denkende Mensch engsten Anschluß an Preußen. Aber die Behandlung, welche Letzteres dem Herzog, der Rechtsanschauung der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung zu Theil werden ließ, haben die gereizte und erbitterte Stimmung gegen Preußen hervorgerufen. Gäbe es eine Centralgewalt, so würde sie die Leistungen des Theils gegen das Ganze bestimmen; an ihre Stelle muß Preußen treten, das die Mittelstaaten schützen muß, sie mögen wollen oder nicht, dankbare wie undankbare. Die kleinen Staaten hoffen und rechnen auch auf seinen Schutz, aber so wie sie etwas leisten sollen, verkriechen sie sich hinter das zukünftige ideale Deutschland. (Zustimmung.) Die Herzogthümer sollen uns für Deutschland leisten, was sie Jahrhunderte hindurch für Dänemark geleistet haben. Wenn sie das nicht wollen, so muß diese Forderung durchgesetzt werden. Durch gutmüthige Ueberredung werden wir weder Oesterreich noch das übrige Deutschland zum Rücktritt von seinem Standpunkte bewegen, das vermag nur die Vertretung der Herzogthümer. Der Augustenburger, mit dem die Regierung nicht unterhandeln zu können behauptet, ist vielleicht der am meisten preußisch gesinnte Mann in den Herzogthümern, mit ihm muß man unterhandeln. Andernfalls schädigt sie das preußische Interesse nicht minder, wie durch die Annexion, die einen gefährlichen Besitz eintragen würde. Ich erkläre mich also gegen den Antrag Wagener's, der des Abg. Michaelis' scheint mir am wünschenswerthesten, denn er will die schleunige Constituirung der Herzogthümer, ohne die Erfüllung der preußischen Forderungen unbedingt von ihrem guten Willen abhängen zu lassen. In diesem Sinne ist er ein glückliches Auskunftsmittel, und ich empfehle ihn Ihrer Annahme. (Beifall von verschiedenen Seiten des Hauses.)

Abg. Wagener (Neustettin): Noch nie habe ich die Tribüne so leichten Herzens betreten als heute, weil ich glaube, daß ich in dieser Sache das Vertrauen meiner Mitbürger ganz besonders besitze und etwa 9/10 des Volkes hinter mir habe. (Oh! Oh!) In dieser meiner Freude bin ich bestärkt durch die offene Anerkennung, welche der Herr Berichterstatter der Politik der Regierung in dieser Frage gezollt hat. Unumwunden hat er anerkannt, daß die Regierung unserem Vaterlande activ die Stellung unter den Großmächten zurückgegeben hat, die durch die klägliche Politik der freien Hand unter der neuen Aera verloren gegangen war. Ueberraschend war mir nur der Widerspruch zwischen seinen Vordersätzen und seiner Schlußfolgerung: ich begreife in der That nicht, wie er von jenen zu dem Antrage der Commission gelangen kann. (Sehr wahr! links.) Er erkennt an, daß die deutschen Staaten ohne Preußen nichts bedeuten. Daraus folgert er nicht: Preußen voran und vorwärts, sondern nach dem gothaer Feldgeschrei: deutscher Bundesstaat, deutsches Parlament! Diese Theilung der Arbeit wollen wir eben vermeiden, bei der den kleinen Staaten die großen Worte und Preußen die Leistungen und Thaten zufallen, damit es sich hinterher die Resultate von den Kleinen abnehmen lassen soll. Ueber die vorliegende Frage wird nicht die Budget-Commission, sondern die Weltgeschichte entscheiden, und Sie werden sich wohl dahin bescheiden, daß derjenige, der die Geschichte gemacht hat, nicht auf diesen Bänken, sondern uns gegenüber sitzt.

Warum hat denn der Hr. Berichterstatter nicht consequent eine Resolution vorgeschlagen, die den früheren Beschlüssen des Hauses entspricht? Sie beschlossen damals, daß es eine Forderung der Ehre für Preußen sei, daß Preußen für die Herzogthümer eintrete und den Herzog von Augustenburg anerkenne? Warum leisten Sie ihm nicht Beistand? Das Plaidoyer des Commissions-Berichts wird schwerlich das Barometer des Prinzen bis zur Skala des Herzogs steigen machen. Sie haben sich getäuscht über Alles, was die Vergangenheit betrifft, über die Leistungsfähigkeit der Regierung, über Ihre eigene Stellung und Sie täuschen sich heute über den Charakter der Situation und die Wirkung Ihres Votums. Sie mißbilligen eine Politik, die Sie gar nicht zu kennen eingestehen und lehnen die Kriegskosten ab, während Sie dem Resultat des Krieges Ihre Anerkennung zollen. Wir haben neulich von dem Abg. Diederichs eine Rede über die Reorganisation der Armee gehört, welche, so zu sagen — verzeihen Sie mir den Scherz — die parlamentarische Variation des Liedes war: „So laßt uns doch das kindliche Vergnügen!" (Heiterkeit.)

Wollen Sie als politische Männer zur Kriegskosten-Vorlage dieselbe Stellung einnehmen, wollen Sie ablehnen, obwohl Sie wissen, daß Sie damit der Vorlage ihre Bedeutung nicht nehmen! Vor dem Kriege konnten Sie aus Mißtrauen gegen die Regierung nichts bewilligen; aber jetzt handelt es sich nicht um Pläne und Projecte, ihre Verweigerung würde vollendete Thatsachen wegleugnen wollen, die Thaten unserer Armee desavouiren! Mein Antrag will die politische Frage alles Beiwerkes entkleiden, mit seiner Ablehnung verwerfen Sie den schleswig-holsteinischen Krieg. Der zweite Theil desselben ist gegen die Auffassung zu verwahren, als wollten wir eine widerrechtliche Annexion der Herzogthümer. Wir glauben mit dem Abg. Michaelis, daß die Herzogthümer als selbstständiger Staat außer Stande sind, sich zu schützen und ihre Pflicht gegen Deutschland zu erfüllen, daß sie, von Preußen abgelöst, der Vergewaltigung durch Dänemark oder von anderer Seite preisgegeben sind. Außer einer Schuldenlast von 60 Millionen hätten sie die Kosten für einen besonderen Hof und eine besondere Armee zu tragen. Der Ansicht des Hrn. Berichterstatters über die preußenfeindliche Strömung in den Herzogthümern schließe ich mich nicht an. Ich kenne die Schleswig-Holsteiner als sehr verständige und praktische Männer. Es waren Viele bei mir, denn es giebt auch Schleswig-Holsteiner, die sich mit uns in Verbindung setzen. (Heiterkeit.) Alle haben den Augustenburger als Mittel, nicht als Zweck aufgefaßt, und würden sich, nachdem der Zweck erreicht ist, auch mit einem andern begnügen. (Sehr richtig!)

Wir sprechen offen aus, daß die Erwerbung der Herzogthümer das höchste Ziel der preußischen Politik ist. Wollte das Haus Beschlüsse fassen, die einen ihm nicht zustehenden Einfluß auf die auswärtige Politik ausüben sollen, so wäre das verfassungswidrig und würde die Prärogative der Krone verletzen. Lehnen Sie die Vorlage ab, so werden Sie nicht nur keinen Einfluß auf die auswärtige Politik gewinnen, sondern auch noch den verlieren, den das Haus noch besitzt, und sich die Befähigung absprechen, praktische auswärtige Politik zu treiben. Sie werden dann der Regierung eine feste Position schaffen, von der aus sie Ihre ganze Opposition aus den Angeln heben wird. (Zustimmung und Widerspruch.) Wie Ihre Abstimmung auch ausfallen mag, unseren Zwecken kann sie nur förderlich, das Resultat wird in unsre Scheuern eingetragen werden. (Heiterkeit.) Die Geschichte Preußens wird ihren Gang gehen, auch wenn Sie die Vorlage ablehnen, gleichwohl bitte ich Sie dringend, sie zu genehmigen (große Heiterkeit), denn wir haben keinen Wohlgefallen daran, wenn das Haus anfängt sich zu ruiniren und wieder einen Beschluß faßt, von dem Sie wissen, daß die Regierung außer Stande ist, sich an ihn zu binden. (Beifall rechts.)

Abg. Duncker: Auf dem Wege, den der Herr Vorredner empfiehlt, würden wir das Prinzip der falschen Arbeitstheilung in Deutschland, durch

welche die größte Last auf Preußens Schultern gewälzt wird, noch potenziren Die Mittelstaaten werden uns die neue Last, die uns aus der Verbindung mit den Herzogthümern erwächst, nicht abnehmen, sondern schadenfroh abwarten, wie sich die falsche Großmachtspolitik an Preußen rächt. Ein deutsches Parlament würde die Lasten gerecht vertheilen, wie der Herr Ministerpräsident bei Gelegenheit des Fürstentages in Frankfurt selbst anerkannte. Ebenso erkannte er die Macht der nationalen Bewegung an, als er sich dem englischen Botschafter gegenüber durch die öffentliche Meinung zum Kriege mit Dänemark gezwungen erklärte. Die Thaten der Armee löscht unsere Ablehnung der Vorlage nicht aus, wir wollen nur keine Quittung ausstellen, wo wir über die laufenden Ausgaben nicht ins Klare kommen können. Die Regierung hat die freie Zustimmung der Herzogthümer zu den Forderungen Preußens nachzusuchen. Man kann glänzende Fähigkeiten besitzen, diplomatische Gewandtheit und im nöthigen Moment auch Energie, aber ein Staatsmann im modernen Sinne ist man darum doch nicht, ein Staatsmann in dem Sinne, wie Cavour einer war. Wir wollen nicht Geschichte machen, sondern nur, daß ohne uns keine gemacht wird. (Heiterkeit.) Die gegenwärtige Periode wird gewiß in der Geschichte aufgezeichnet werden, aber ich glaube nicht, daß sie den Hrn. Ministerpräsidenten unter die wahrhaften Gründer und Förderer des preuß. Staates aufnehmen wird. (Beifall.)

Abg. Schultz (Borken) erklärt sich gegen den Commissions-Antrag aus allgemeinen patriotischen Gründen und mit Hinweis auf Epaminondas, der das Gesetz verletzt, aber das Vaterland gerettet hatte.

Abg. Dr. Waldeck: Meine Herren! Ich habe mich für den Commissions-Antrag einschreiben lassen und ich betone dies ausdrücklich, weil die Debatte von dem diplomatischen Gebiete schon bereits auf die Gräber unserer Krieger und auf den Epaminondas übergegangen ist. (Heiterkeit.) Man hat von vergangener und zukünftiger Politik, von der Ehre und den Interessen Preußens gesprochen, während es sich doch einfach um unsere Zustimmung handelt, ob wir für die Kriegskosten Decharge ertheilen wollen. Die Commission hat gesagt, es geht nicht und ich hoffe, daß das Haus dem zustimmen wird. Gestern war ein Theil des Hauses zweifelhaft, ob man der Regierung die Gelder auch nur für die laufende Verwaltung bewilligen sollte, wie in aller Welt sollten wir dazu kommen, über die Ueberschüsse der Jahre 1863 und 64 uns auszusprechen, während die Regierung kein Etatgesetz publicirt hat, also gar nicht die Rede sein kann von Abnahme der Rechnungen und Ueberschüssen aus diesen Rechnungen. Verwendet, ausgegeben sind diese Gelder, wir brauchen sie also nicht mehr zu bewilligen; — die Krieger alle, deren Ehre ich mit eben so viel Recht wie der Vorredner anerkenne, ruhen mit Ehren in ihrem Grabe und alle Uebertretungen der Minister machen ihre Heldenthaten nicht edler als sie sind (Bravo links), sie machen sie vielleicht größer, wenn ein Volk auch unter solcher Verwaltung noch für Ehre und Recht in den Kampf zu gehen bereit ist.

M. H.! Indem ich nun auf die Frage selbst eingehe, finde ich, daß es zunächst gar nicht nothwendig ist, dabei Politik zu treiben. Nach den Aussprüchen des Abg. Wagener und des Herrn Ministerpräsidenten ist es auch gar nicht unser Beruf, über auswärtige Politik zu berathen. Der Herr Ministerpräsident führt Krieg und schließt Frieden ohne uns, und nur jetzt, für diesen speziellen Fall wünscht er, weil er sich in einigen diplomatischen Verlegenheiten befindet, daß wir eine Resolution fassen, durch welche seine Zukunftspolitik gestützt wird. Um die vergangene Politik wird er sich nicht viel kümmern, und weswegen wir dieselbe aufwärmen sollen, weiß ich auch nicht; es handelt sich blos um die Zukunftspolitik. Wenn uns aber das ganze Terrain sonst bestritten wird, so ist mir nicht begreiflich, wie wir für diesen speziellen Fall darauf eingehen sollen. Die Verfassung sagt: der König erklärt Krieg und schließt Frieden, aber, m. H., wenn der König Krieg führt, so erhält er vom Abgeordnetenhause das Geld dazu, und nun meine ich, daß während des budgetlosen Regiments das Abgeordnetenhaus zu extraordinären Dingen überhaupt kein Geld hergeben, daß es weder Anleihen noch neue Steuern bewilligen kann. Nun sollen wir uns über künftige Eventualitäten, die dem Staat große Lasten und Pflichteu auferlegen dürfen, über gewisse Grundsätze in der Politik aussprechen, während die ganze Politik sonst in ein vollständiges Mysterium gehüllt ist. Das sollen wir; während wir doch der Ansicht sind, daß ein ganz anderes Ministerium erforderlich wäre, um eine Politik von großen liberalen Gesichtspunkten aus und damit eine wirklich preußische Politik treiben zu können.

M. H.! Ich bin nicht dagegen, daß Preußen die Vergrößerungen anstrebe, die seine Terrainverhältnisse nothwendig machen, aber ich habe gesagt, daß eine Regierun , welche diese großen Ziele erstrebt, derselben auch durch und durch würdig sein, daß sie dem, was zu erwerben ist, auch das bringen müsse, was man für gut und richtig halten kann. Ist sie das nicht, so können wir uns eine Vergrößerung, die sie erzielt, wohl gefallen lassen, aber kein Mensch kann verlangen, daß wir ihr dazu helfen. Sollen wir uns vielleicht für dieses Ministerium in europaische Verwickelungen stürzen? Der Herr Referent hat der Politik des Herrn Ministerpräsidenten freilich große Lobsprüche ertheilt, aber, m. H., ich darf wohl sagen, daß diese Politik nie ihr gegenwärtiges Ziel erreicht hätte, wenn Dänemark den ersten Antrag auf Personal-Union angenommen hätte, und wenn die europäischen Verhältnisse nicht außerordentlich günstige gewesen wären. Diese Politik bis zu den Sternen zu erheben, scheint mir also doch ein wenig zu viel. Sie hat materielle Erfolge für Preußen gehabt, aber was weiter dabei noch herauskommt, das scheint mir noch sehr fraglich, und ich glaube, daß eine ganz andere Kraft, als die des Herrn Ministerpräsidenten, dazu gehören wird, um den Widerstand Oesterreichs und der Mittelstaaten zu besiegen, ohne andere und bessere Vortheile Preußens aufzuopfern. — Was die Resolutionen anbetrifft, so scheint der erste Theil der Wagener'schen vorauszusetzen, daß wir nicht ein Geldbewilligungsrecht besitzen, sondern zu den Forderungen nur unsere Zustimmung zu geben haben. Wir aber betrachten die Sache ernster; wir meinen, daß, wo wir zustimmen, wir auch verweigern, wo wir Rechnungen prüfen, wir die Decharge auch verweigern können. Der zweite Theil der Resolution gilt der reinen Zukunftspolitik und einer Möglichkeit von so großen Lasten, daß wir dazu unbedingt nicht zustimmen dürfen, von Lasten, die wir blos deshalb uns aufladen sollen, um der Verlegenheit des Herrn Ministerpräsidenten zu Hilfe zu kommen.

M. H.! Wir stehen jetzt so, wie England unter dem ersten Edward stand, als es sich ein Stück seiner Freiheit nach dem anderen erobern mußte. Unter Edward III. spielte ein ganz analoger Fall. Man brauchte Geld zu den Kriegen mit Frankreich. Gewöhnlich wandte man sich damals in Fragen der äußeren Politik an das Haus der Lords, indessen geschah es, daß der König sich auch mehremal an das Haus der Gemeinen wandte und dieses Haus machte dann jedesmal die Erfahrung, daß es hinterher die Kriegskosten bezahlen mußte. Man sagte ihm: Ihr habt dazu gerathen, nun bezahlt auch. Da sagte denn bei der nächsten Gelegeuheit das Haus der Gemeinen: königl. Hoheit — wie damals der König genannt wurde, möge uns doch mit solchen Ansinnen, die über unsern Horizont gehen, verschonen, wir wollen darüber keinen Rath geben, wir überlassen das des Königs eigenem Rathschlusse. Uns, m. H., wird vom Ministerium stets zugerufen: Ihr versteht das nicht, blos zuweilen haben wir ein Verständniß, wenn wir, wie jetzt Verbindlichkeiten übernehmen sollen. Das können wir vor unseren Wählern nicht verantworten.

Was die Resolution des Abg. Michaelis anbetrifft, so läßt sie eigentlich Alles in Ungewißheit, so daß der, welcher für sie stimmt, schließlich nicht weiß, wofür er gestimmt hat. Ich denke mir, die Herren Antragsteller haben die Meinung, es muß absolut noch ein kleines Herzogthum hergestellt werden in Deutschland; die Meinung habe ich nicht; ich glaube, wir haben vollkommen genug an denen, die wir haben und wünschen, daß sie in Preußen einverleibt werden, da Preußen mein Staat ist; warum gerade für diese Länder ein neuer Fürst mit einem neuen Hof, neuen Schlössern, die er erst bauen, einen Hofstaat, den er erst aufsuchen muß, mit Kammerherren und Allem, was drum und dran hängt (Heiterkeit), gut sein soll, das geht offenbar über meinen Horizont, und ich kann wohl sagen, wenn das nun ein Fürst wäre, ein Fürst, das ist er aber gar nicht — (allseitige Heiterkeit) er muß erst noch ermittelt werden; in den nothwendigen territorialen, finanziellen, maritimen, militärischen Vorbedingungen soll er im engsten Anschlusse unter Preußen stehen; Land, Leute und Meer soll an Preußen, was bleibt ihm (Heiterkeit): die Gerichte und die Polizei (Heiterkeit). Nun, m. H., das ist also ein neuer Standesherr (Heiterkeit), und von denen weiß ich aus meinem Vaterlande Westfalen, daß er nicht das geringste Gute mit sich bringt, wenn diese Leute zum Theil gerichtliche zum Theil polizeiliche Hoheit haben, während ihnen sonst jede Pflicht der Souveränetät fehlt.

M. H.! Das beste Criterium für die schleswig-holstein'sche Frage ist das, daß erst am Schlusse der Sitzung, also nahe vor unserem Tode, die Sache hier zur Sprache kommt. Wäre es möglich gewesen bei einer so eminent deutschen Frage wie diese hier, auch nur ein Senfkorn beizutragen, glauben Sie, daß da ein Haus, das seine deutsche Gesinnung so oft ausgesprochen hat, aus eigenem, freien Willen es nicht längst gethan hätte (sehr gut). Warum hat es das nicht gethan? Eben weil es einsieht, es kann in der gegenwärtigen Ausnahmslage das weder mit Ehre, noch mit Erfolg thun. Darum ist es unterblieben und Deutschland wird uns darum nicht verkennen, weil wir bei Gelegenheit einer nothwendigen Aufrechterhaltung des Budgetgrundsatzes und der nothwendigen Ablehnung der Decharge uns nicht veranlaßt finden, den von uns gewünschten Ausspruch zu thun (Bravo links).

Ministerpräsident v. Bismarck: Wenn der Bericht der Commission so gelautet hätte, wie der einleitende Vortrag des Berichterstatters, so wäre ich kaum in die Versuchung gekommen, das Wort heute zu ergreifen. Wenn ich indessen mir in diesem Augenblicke den Inhalt des Berichtes vergegenwärtige, so bin ich zweifelhaft, ob meine Erinnerungen von den Verhandlungen, die vor anderthalb Jahren über die Bewilligung einer Anleihe in diesem Hause stattfanden, ganz genau ist. Ich hatte von jenen Verhandlungen den Eindruck erhalten, daß das Haus der Abgeordneten damals bereit gewesen sein würde, die Kosten des danischen Krieges in Gestalt einer Anleihe zu bewilligen, falls die königl. Staatsregierung sich diejenigen Ziele der auswärtigen Politik, die das Haus ihr stellte, aneignen würde. Diese Ziele sind in zwei Actenstücken der damaligen Verhandlungen, welche die Meinung des gesammten Hauses darstellen, näher bezeichnet. Es ist dort bei der Resolution, die sie bei Ablehnung des Antrages faßten, negativ eines dieser Ziele der preußischen Politik dahin bezeichnet, daß dieser Gang der preußisch-österreichischen Politik kein anderes Ergebniß haben könne, als das, die Herzogthümer zum zweitenmal an Dänemark zu überliefern — diese Befürchtung ist nicht eingetroffen — ferner: „daß die königl. Staatsregierung, indem sie diese rein deutsche Frage als eine europäische behandle, die Einmischung des Auslandes hereinziehe" — auch diese Befürchtung hat sich nicht bewahrheitet — endlich: „daß die angedrohte Vergewaltigung der Herzogthümer den berechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordern." — Auch das ist nicht geschehen. Das waren die Befürchtungen, die das Haus hegte, die Klippen, deren Vermeidung man von der Regierung wünschte, und zugleich die Klippen, welche vermieden sind. Positiv bezeichnete das Haus diese Zeile in der an Se. Majestät den König gerichteten Adresse mit den Worten: Preußen und Deutschland sind berechtigt und damit auch verpflichtet, das Erbrecht Friedrich VIII. von Augustenburg anzuerkennen, das deutsche Bundesgebiet von der Anwesenheit dänischer Truppen zu befreien und die Zusammengehörigkeit der Herzogthümer herzustellen. Nun, m. H., das Programm ist von der königl. Staatsregierung entweder erfüllt, oder seine Erfüllung, so weit sie noch rückständig ist, soweit sie die Einsetzung des Herzogs Friedrich VIII. betrifft, steht in unserer Gewalt. Wir sind zur Ausführung dieses Theils Ihres Programms vollständig jeden Tag im Stande, sobald uns das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg nachgewiesen ist, was nicht geschehen ist, oder sobald wir die Sicherheit haben, daß die im Interesse Preußens und des gesammten Deutschlands an die Herzogthümer zu stellenden Forderungen durch den einzusetzenden Herzog ausgeführt werden würden. Ungeachtet dieser Uebereinstimmung der erreichten Resultate mit den von Ihnen damals aufgestellten Zielen, lehnen Sie die Kosten des Krieges auch jetzt wiederholt ab. Sie motiviren diese Ablehnung durch eine retrospective Beurtheilung, theils des Verfahrens der Regierung, theils der Motive, welche Sie veranlaßten, die Anleihe vor anderthalb Jahren zu verweigern. Sie werfen dabei dem Verfahren der Regierung vor, daß die Ziele, die die Regierung verfolgt hätte, sich nicht immer gleich geblieben wären, sondern gewechselt hätten.

Es ist schon vorhin von einem Vorredner der Rechten auseinandergesetzt worden, daß weniger die Ziele, als die Mittel zur Verfolgung der Ziele wechselten. Die drei verschiedenen Sätze, welche die Verschiedenartigkeit der von der Regierung verfolgten Ziele im Commissionsbericht ausdrücken sollen, sagen meiner Ansicht nach alle drei ein und dasselbe, decken sich vollständig und fallen zusammen. Es wird als unser jetziges Ziel bezeichnet, die völlige Trennung der Herzogthümer von Dänemark, welcher am 30. Oktober 1854 definitiv erreicht, und ein enger Anschluß derselben an Preußen in militärischer und maritimer Beziehung. Daneben wird ausdrücklich in unserer Vorlage gesagt, daß anfangs nur der Entschluß maßgebend sei „zu Gunsten der deutschen Sache das Aeußerste zu verlangen, was nach der Gesammtlage zu erreichen schien", und ich glaube, Beides widerspricht sich nicht. Das, was wir jetzt erstreben und zum Theil erreicht haben, mag eben das Aeußerste sein. — Ein Drittes die in London abgegebene Erklärnng zur Herstellung eines gerechten und haltbaren Zustandes in Schleswig-Holstein, durch Bürgschaft gegen Wiederkehr dänischer Bedrückung den Herzogthümern den Frieden in Wahrheit zu sichern — nun auch in dieser Beziehung stimmt das, was wir jetzt als unser Ziel hinstellen, vollständig überein. Die Bürgschaften gegen Wiederkehr dänischer Bedrückung bestehen unter gewissen Bedingungen, die wir stellen, die nur zunächst dagegen uns schützen sollen, daß wir nicht vielleicht in kürzester Zeit genöthigt sind, einen kostspieligen Feldzug zur nochmaligen Befreiung der Herzogthümer zu führen. — Der Commissions-Bericht hebt ferner als Motiv der Ablehnung hervor, es habe dem Hause das dazu nöthige Vertrauen zu den Personen gefehlt, welche die Politik leiten.

M. H.! Ich glaube, Sie würden dieses Vertrauen gehabt haben, wenn Sie sich deutlich vergegenwärtigt hätten, daß die Person, die die auswärtige Politik des preußischen Staates leitet, Se. Majestät der König ist, sowohl verfassungsmäßig, als auch thatsächlich. (Sensation.) Die Minister führen die Politik des preußischen Staates nach den bestimmten genauen und speziellen Anweisungen Sr. Majestät des Königs. Hätten Sie sich dies klar gemacht, so, sage ich, würden Sie das Vertrauen gehabt haben, und das Vertrauen würde Sie in diesem Falle nicht getäuscht haben. Denn die Resultate, die Sie wünschen, sind erreicht, nur nicht auf den Wegen, die Sie eingeschlagen zu sehen wünschen. Das ist der Hauptvorwurf, den ich in dieser retrospectiven Kritik uns gemacht finde. Sie sagen auch, auf einem andern Wege hätte einer Störung des europäischen Friedens im Großen vorgebeugt werden können, auch wenn wir, statt mit Oesterreich, mit dem deutschen Bund gegangen wären. Das ist möglich, aber es erschien der königl. Staatsregierung damals nicht in dem Maße wahrscheinlich, wie die Vermeidung des Krieges auf dem Wege, den wir gingen, zu ereilen; jedenfalls habe ich den Erfolg anzuführen, daß er auf unseren Wegen vermieden ist. — Sie werfen diesem Wege weiter vor, daß er uns einen Mitbesitzer in Schleswig-Holstein gegeben hat. Aber der von Ihnen empfohlene hätte uns 32 gegeben (Heiterkeit. Unruhe links), und an der Spitze dieser 32 denselben, den wir jetzt haben, und zwar nicht mit derselben Gleichberechtigung, sondern mit der Ueberlegenheit der Präsidialmacht und als Führerin der Bundesregierung gegen Preußen. Der ganze Schwerpunkt läge nicht zwischen Berlin und Wien und Kiel, sondern er läge in Frankfurt a. M., und die Herzogthümer befänden sich wahrscheinlich in diesem Augenblick unter der Verwaltung der Herren v. Könneritz und Nieper.

Es ist von einem Vorredner — irre ich nicht, vom Referenten — ausgeführt, daß wir eine Gelegenheit versäumt hätten, uns an die Spitze der mittleren und kleinen Staaten Deutschlands zu stellen. Wenn der Herr Referent, gleich mir, acht Jahre deutscher Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. gewesen wäre, so würde er diese Möglichkeit nicht als so leicht erreichbar hingestellt haben. Er würde gleich mir den Glauben haben, daß die Majorität der Mittel- und Kleinstaaten sich nicht freiwillig und bereitwillig einer preuß. Führung, einer preuß. Action untergeordnet haben würde, ohne sie zu hemmen und zu geniren, ohne Preußen in der Ziehung der Consequenzen aus dieser Action zu beeinträchtigen. Das Verhältniß wäre ein umgekehrtes gewesen: Preußen hätte unter der Leitung der Bundesmajorität und der Bundesbeschlüsse sich an diesem ganzen Feldzug betheiligt. Ueber die Vergangenheit zu conjecturiren und zu kritisiren, betrachte ich als unfruchtbar. Die Frage, über die ich hier einen Ausspruch des Hauses noch mehr, als über die finanzielle erwartet hätte, ist die politische, die Frage der Gegenwart und der Zukunft. Diese Frage nun, die seit 20 Jahren im Vordergrunde des deutschen politischen Interesses gestanden, harrt jetzt ihrer Lösung. Sie, m. H., sind durch die Vorlage der Regierung in die Lage gesetzt, sich zu äußern. Sie haben die Gelegenheit zu sprechen. Das Land hat ein Recht, zu erfahren, was die Meinung seiner Vertretung über die Sache sei. Diplomatische Bedenken stehen Ihnen nicht im Wege und Sie haben sich auch sonst bei andern Gelegenheiten nicht viel daran gekehrt.

Wenn Sie nun dennoch bei dieser dringenden Aufforderung, zu reden, schweigen, so steht es mir nicht zu, Ihre Motive dazu meiner Kritik zu unterziehen. Sollte ich die Stimmung des ganzen Hauses nach den Aeußerungen des Abg. Waldeck beurtheilen, so möchte ich annehmen, daß sie entweder fürchten, mit der öffentlichen Meinung in Widerspruch zu kommen, wenn Sie sich darüber äußern in dem Sinne, wie es Ihnen um's Herz ist, oder daß, wenn Sie mit dieser öffentlichen Meinung nicht in Widerspruch treten, Sie eine Regierung stärken, die Sie nicht mögen, die Ihrer Partei nicht angehört. Ich kann mir nicht denken, daß das die Meinung der Mehrzahl unter Ihnen ist. Denn Sie können sich darüber nicht täuschen, daß Sie auf dem Gebiet der auswärtigen Politik am allerwenigsten, daß Sie die vom Könige eingesetzte Regierung von der Politik Preußens im Auslande nicht zu trennen vermögen. Sie haben weder die Macht noch das Recht dazu. Es giebt keine andere preußische Politik thatsächlich, als diejenige, welche die vom Könige eingesetzte Regierung betreibt. Bekämpfen Sie diese Politik, so bekämpfen Sie die Politik ihres eigenen Vaterlandes im Bunde mit dem dem Vaterlande gegenüberstehenden Auslande. (Widerspruch und Unruhe.) Ich glaube, daß gegen die einfache, kühle Logik dieses Satzes wirkliche Einwendungen nicht zu begründen sind. Ich wiederhole es, daß ich diese Meinung nicht als die bewußte Ansicht der Majorität dieses Hauses voraussetze. Ich würde die Aeußerung nicht gethan haben, wenn ich nicht zu derselben durch die ausdrückliche Aeußerung des Herrn Vorredners nach dieser Richtung hin veranlaßt wäre. Der Herr Vorredner sagte ausdrücklich: Was gehen uns die Verlegenheiten der preußischen Regierung an? Was sollen wir sie stärken, etwa durch irgend ein Votum. Was sollen wir diplomatisch ausgenutzt werden von dieser Regierung, die unser Budgetrecht verkennt. Kurz und gut, wenn Sie diesem Rathe des Herrn Vorredners folgend, ihre Berechtigung, Anleihen zu verweigern, dazu benutzen, um auf anderem Gebiete Concessionen von der Regierung zu verlangen, — ich glaube, es ist kein Zweifel, daß dies die Meinung des Vorredners war.

Das ist seine Ansicht gewesen; daß dies nicht die Ansicht Aller unter Ihnen ist, beweist der Antrag des Herrn Abg. Michaelis und seiner Genossen. Ich habe gegen den Inhalt dieses Antrages so viel nicht einzuwenden, obgleich ich ihn präziser gewünscht hätte, ihn trifft der Vorwurf einer nicht ausreichenden Klarheit nicht ganz mit Unrecht. Wir haben unser Programm vollständig und klar in der Depesche vom 22. Februar d. J. vorgelegt, und ich glaube, m. H., wenn Sie nicht wirklich in der Weise, wie es der Herr Vorredner angedeutet hat, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik abdiciren wollen, so hat die königl. Staatsregierung ein Recht, den Ausspruch von Ihnen zu erwarten: wollen Sie für dieses Programm einstehen, wollen Sie die Regierung unterstützen, wollen Sie, daß die Regierung auf dem durch dieses Programm bezeichneten Wege vorgehen auf jede Gefahr hin, oder wünschen Sie das Programm abgeändert, wünschen Sie es abgemildert, wünschen Sie es verstärkt? Darüber ist die Regierung, ist das Land meines Erachtens nach im Rechte, einen Ausspruch von Ihnen zu erwarten. — Ich bedenke noch mit einigen Worten des andern, von dem Herrn Abg. Wagener und seinen Genossen gestellten Amendements. Wir haben in der Vorlage uns schon darüber ausgesprochen, daß, wenn nur die Frage der Zweckmäßigkeit entscheidend wäre, dieses Programm sehr viel für sich hätte, namentlich aber im Interesse der Herzogthümer selbst. Ich halte es für die Herzogthümer allerdings außerordentlich viel vortheilhafter, Mitglied der großen preußischen Genossenschaft zu werden, als einen neuen Kleinstaat mit fast unerschwinglichen Lasten zu errichten.

Aber, wenn dieses Programm, wenn dieser Antrag verwirklicht werden sollte, so würden eben auch dieselben Lasten auf den preußischen Staatsschatz übernommen werden müssen. Wir würden nicht die Herzogthümer in den Staat Preußen, in den preußischen Staatsverband, unter irgend einer Form aufnehmen können und ihnen dennoch die preußischen Kriegskosten abverlangen und sie die österreichischen Kriegskosten bezahlen lassen, sie auch nur in der Ungleichheit der Schulden bestehen lassen, welche doppelt so viel für einen Kopf in Schleswig-Holstein austragen, wie in Preußen. Wir würden sie mit allen preußischen Staatsbürgern gleichstellen müssen. Die Regierung kann sich für die Uebernahme so bedeutender Lasten nicht aussprechen, wenn sie die Abneigung der Landesvertretung sieht, dieselben zu übernehmen. Eine Politik in der Richtung könnte von der Regierung nur dann mit Ernst erwogen werden, wenn sie auch gewiß wäre, daß die Landesvertretung bereitwillig auch die Lasten übernehmen würde, mit denen sie verbunden wäre. Wir können nicht eine solche Politik anfangen und nachher an der Klippe einer Geldverweigerung, wie sie der Abg Dr. Waldeck mit vollständiger Sicherheit in Aussicht gestellt hat, scheitern. Jedenfalls aber hat der Gedanke der Annexion, wie man sie landläufig nennt, auch wenn er nicht zur Ausführung kommt, sein Gutes gehabt.

Die Bereitwilligkeit des Erbprinzen von Augustenburg und der Bevölkerung der Herzogthümer, solche Bedingungen, wie Preußen sie glaubt fordern zu müssen, zu bewilligen, war, meiner Erfahrung nach, nicht und bisher niemals in dem Maße vorhanden, wie der Herr Referent glaubt, sie schildern zu können. Ich erinnere mich namentlich, daß ich im vorigen Sommer die Ehre hatte, Se. Durchlaucht den Erbprinzen von Augustenburg persönlich zu sprechen, und er da von den mäßigsten und billigsten Bedingungen so weit entfernt war, daß er, wie ich sie entwickelte, er mir antwortete: „Warum sind Sie denn überhaupt nach den Herzogthümern gekommen? Wir haben Sie nicht gerufen, die Sache wäre ohne Preußen vielleicht besser für mich ausgefallen." Diese Abneigung gegen Bedingungen, die der Bevölkerung Lasten, namentlich in der Heeresfolge, auferlegen könnten, sehe ich nicht an als das Product einer gewissen Gereiztheit über gewisse Zeitungsartikel und die Politik der Regierung im Allgemeinen, sondern als den natürlichen Ausfluß jener bequemen und den Leistungen abgeneigten Trägheit, die auch der Herr Referent als das Erbtheil kleinstaatlicher Verhältnisse bezeichnete, und die ich mir neulich mit dem Epitheton auf der Basis der Phäaken stehend zu bezeichnen erlaubte, die eben essen und trinken und durch Freunde geschützt sein wollen. Diese Abneigung hat sich in demselben Maße vermindert, in dem die Annexion auftauchte; lediglich unter ihrem Druck und der Furcht vor Gewaltthat ist sie geschwunden.

Man hat sich unsern Wünschen genähert, man ist aber noch nicht so weit gekommen, daß man darauf abschließen könnte. Daß mit der Weigerung Preußen billige, im Interesse Deutschlands nothwendige Zugeständnisse zu machen, die Idee der Annexion immer wieder auftaucht und an Aussicht gewinnt, liegt in der Natur der Dinge. Dann weigert man uns die billigen Bedingungen, die wir fordern, hindert man dadurch den Abschluß, so ist allerdings schwer abzusehen, zu welchen Conflicten eine solche Weigerung bei den europäischen Verhältnissen führen kann. Führt sie aber dazu, dann schnellt natürlich auch das Maaß unserer Begehrlichkeit sehr viel weiter hinauf, als in diesem Augenblick unsere Bescheidenheit bestimmt. (Bravo rechts.)

Abg. Michaelis: Das Wesentliche meines Antrages ist, daß er sich an den der Budget-Commission anschließt. Das Volk hat ein Recht, von uns, seinen einzigen legitimen Vertretern, zu verlangen, daß wir uns über die politische Frage aussprechen und eine nicht wiederkehrende Gelegenheit benutzen, um auf die auswärtige Politik Einfluß zu erlangen. Der zu gründende neue Staat hängt mit den Bedingungen seiner Existenz von Preußen ab, wir sollen die Last seines Schutzes übernehmen, da muß gesagt werden, daß er dem entsprechende Pflichten übernehme, woraus für Preußen eine Erleichterung der eigenen Lasten entstehen muß. Die Erfüllung jener Pflichten darf nicht von der Willkür abhängen. Beschleunigung der Regelung der Sache ist unmöglich, wenn wir nicht gegen den Mitbesitzer einen Mitbesitzer-Bundesgenossen in der Bevölkerung der Herzogthümer finden. Nach dem geschriebenen Recht sind solche Fragen nicht zu lösen; nach dem geschriebenen Recht bestände noch das Reich der Assyrer. Wenn auch wir anfangen kleinliche Politik zu machen, so nehmen wir den Deutschen in den Kleinstaaten jede ideale Auffassung und drängen sie in Oesterreichs Lager.

Präsident Grabow vertagt nach dieser Rede um 2½ Uhr die Sitzung bis 6 Uhr Abends und bedauert, daß die Regierung ihn ohne Information über den Schluß der Session gelassen hat. Der Hr. Ministerpräsident erwidert, daß die Staatsregierung darüber noch keinen Beschluß gefaßt hat.

69. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 13. Juni.

Eröffnung Abends 6½ Uhr. Die Tribünen sind vollständig gefüllt. Am Ministertisch vier Regierungs-Commissare.

Die Discussion über die Kriegskostenvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Löwe (Bochum): Bei aller Anerkennung für diplomatisches Geschick und militärische Erfolge frage ich: Wo sind denn die Erfolge? Wie ich von gutunterrichteter Seite weiß, war die Aufnahme des Treffens bei Helgoland im englischen Parlament die Veranlassung für Oesterreich, definitiv die Trennung der Herzogthümer von Dänemark zu betreiben und zu bewirken. Warum die Herzogthümer erwerben? Der Menschen wegen? Die Bevölkerung Preußens wächst jährlich um 1 Million. Des Territoriums wegen? Es kommt nur auf die werthvollen Positionen an. Die Idee der Staatenbildung, die hier vorgetragen wird, ist nicht mehr lebenskräftig. Es ist unmöglich, ohne die freie Zustimmung der Herzogthümer vorzugehen; hier ist der Hebel anzusetzen. Ich sage das in aller Unbefangenheit, denn die Grundsätze meiner Partei werden noch lange nicht im Volke der Herzogthümer herrschen. Auf Häfen und Festungen kommt es an, nicht unmittelbar auf den Besitz des Landes. Auf dem Wege stiller Reformen ist die große deutsche Frage zu lösen, nicht durch Gewalt, durch Revolution, nicht mit Blut und Eisen. Wir wollen nicht die Einheit um jeden Preis. Wir hätten manchen Grund zur Intervention in Mecklenburg, aber die Bundesverfassung gestattet das nicht. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig; was erlaubt uns, in den Herzogthümern anders vorzugehen?

In Betreff des Erbprinzen muß ich sagen: Audiatur et altera pars! Ich stehe und falle mit dem Prinzip des Bundesstaates, wenn auch nur einer guten Bundeskriegsverfassung, nicht auf dem der Annexions-Revolution. Soll schon einmal Gewalt und Revolution gebraucht werden, so will ich sie andern Händen anvertrauen. Das Amendement Michaelis kann zu Mißverständnissen führen und als Vertrauensvotum ausgelegt werden. Dem Bonmot: „Kein Kiel — kein Geld" hat der Condominus das andere entgegengesetzt: „Kein Oesterreich, kein Kiel!" Der Ministerpräsident deckt mit der Person des Königs seine auswärtige Politik wie der Herr Kriegsminister v. Roon die Reorganisation. Vielleicht wird der Hr. Finazminister nächstens mit dem Könige als Finanz-Autorität kommen. (In diesem Augenblick treten die Minister v. Bismarck und v. Roon ein. Der Redner wiederholt seine Aeußerung). Noch nie hat ein König so viel für ein Ministerium gethan, wie unser König, so viel für ein vorübergehendes Cabinet eingesetzt: was hat das Ministerium geleistet? Es hat keine Resultate, sondern nur „Ziele" aufzuweisen (Murren rechts). Hätte es Resultate, so würde es andere Lieder mit uns anstimmen. Wenn man uns sagt: es sei nicht patriotisch, was wir thun, so antworte ich: wir sind Abgeordnete und haben die Pflicht, die Verfassung bewahren. Appelliren wir vielmehr an den Patriotismus der Herren Minister, er wird ihnen die Mittel weisen, die Frage zu lösen.

Abg. v. **Blanckenburg** (gegen den C.-A.): An der Uneinigkeit der Landesvertretung wird es liegen, wenn ein großer Moment in unserer Geschichte durch schwächliche Politik versäumt wird. Jetzt müßte Regierung und Vertretung einig sein (Laute Zustimmung seitens der Majorität.) Es geht Ihnen wie den schlafenden Jägern, die den weißen Hirsch nicht schießen konnten. M. H.! schießen Sie! (Große Heiterkeit.) Ihre heutige Ablehnung wird Jubel erregen in Wien, in Paris. Lesen Sie das Urtheil der „Neuen freien Presse". Nehmen Sie den Antrag Wageners an, und Sie haben das ganze Volk hinter sich! Ich scheue mich den „Morning-Herald" zu verlesen, weil der Artikel mich mittreffen würde. Im v. J. erklärte Waldeck nur Preußen fähig, die Elb- und Wesermündung zu behaupten, und doch stimmte er heute zwar gegen Michaelis, aber nicht für Wagener, wie man denken sollte; sondern er sagte: Budgetrecht, kein Vertrauen zu den Ministern u. dergl." (Große Heiterkeit.) Natürlich ist die Annexion etwas anderes als die italienische Räuberpolitik. Wir wollen Abfindung des Condominiums und der Erbprätendenten. Der Staat des Abg. Michaelis wird erstickt von Schulden. Wir aber wollen die Herzogthümer für Preußen, dessen König sie mit vorbedächtiger Weisheit erworben, behaupten, und sie für Deutschland ausnutzen, d. h. nicht etwa Oberpräsidenten und Kreisrichter hinschicken. (Heiterkeit.) Wissen Sie denn nicht, was Personal-Union ist? (Aha!) Die freie Abstimmung ist gefährlich; glauben Sie denn, daß die Sachsen gern Preußen wurden? Im J. 1815 sagte ein sächsisch-preußischer Postillon auf diese Frage: „Ich hätte es den Leipzigern gern gewünscht!" (Stürmische Heiterkeit.) Aber der preuß. Adler wird seine Bahn über die Gestade des Meeres nehmen, unbekümmert um die Dohlen aus Würzburg, Frankfurt und Krähwinkel. (Bravo rechts.)

Abg. **Schulze** (Berlin), für den Commissions-Antrag, führt aus, daß er weder zu den Fähigkeiten noch zu den Absichten der Regierung Vertrauen haben kann. Der Ministerpräsident hat das aus Deutschland zu drängende Oesterreich selbst in die Herzogthümer eingeführt. Der Redner kritisirt sehr ausführlich die innere und äußere Politik, demnächst die Amendements. Im Jahre 1815 sei zu Wien wohl zum letzten Male mit Land und Leuten gehandelt worden. Lehnt das Haus nicht ab, so fühlt Deutschland sich jeder Gewalt preisgegeben, gegen welche die preußische Vertretung auch in den Herzogthümern der einzige Schutz ist. Die dortige Bevölkerung baut auf uns, nicht auf unsere Regierung. Das Vertrauen ist nicht theilbar, nicht in der auswärtigen Politik gewährbar und in der inneren zu versagen. (Beifall.) — Um 8½ Uhr schließt der Redner, während seines Vortrages ist der Saal erleuchtet worden.

Auf Antrag des Abg. **Meibauer** wird die Discussion geschlossen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen Waldeck's, Löwe's und v. Gablenz. Der letztere will motiviren, warum er den Antrag Wagner's unterzeichnet hat, wird aber durch den Präsidenten daran verhindert.

Abg. **Twesten** (als Berichterstatter) resumirt die Debatte. Ein besonderer Verehrer des Herrn Ministerpräsidenten äußerte: Das könne man doch von ihm erwarten, daß er wenigstens Oesterreich betrügen werde (Heiterkeit). In der kieler Frage hat Oesterreich bereits einmal sehr nachdrücklich Einspruch gethan. Der Widerstand des Augustenburgers bezog sich dem Vernehmen nach nicht auf die preußischen Bedingungen. Der Herr Ministerpräsident versteht sich auf Diplomatie sehr gut, auf die öffentliche Meinung und die Stimmung versteht sich die Reaction nicht so gut, das verstehen die Liberalen besser. Die Berufung auf die Krone kann ihr nur zum Schaden gereichen. Der König kann sich nicht zurückziehen, wie seine verantwortlichen Räthe.

(Um 9¼ Uhr bei Schluß dieses Berichtes spricht noch der Referent).

Berlin, 13. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Landrath des Kreises Leobschütz, Geheimen Regierungs-Rath **Waagen**, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, und dem Kammer-Präsidenten Heinrich Joseph **Kiefer** beim Landgericht zu Saarbrücken den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen.

[Blokadezustand.] Laut amtlicher Anzeige des hiesigen kaiserlich brasilianischen Gesandten vom 9. d. M. sind die Häfen und Ströme von Paraguay brasilianischerseits in Blokadezustand erklärt, jedoch ist den in den gedachten Häfen lagernden fremden Fahrzeugen eine zwanzigtägige Frist zum Auslaufen bewilligt worden. Desgleichen sind die dem Handel geöffneten, vom Feinde besetzten Häfen der Provinz Matto-Grosso bis auf Weiteres für die Schifffahrt gesperrt.

Dem Maschinen-Fabrikanten H. F. **Eckert** zu Berlin ist unter dem 8. Juni 1865 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Maschine zum Scheeren der Schafe auf fünf Jahre ertheilt worden.

Dem Departements-Thierarzt **Erdt** in Cöslin ist unter dem 8. Juni 1865 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten und für neu und eigenthümlich erkannten Hufhobel auf fünf Jahre ertheilt worden.

Der bisherige Hilfsarbeiter **Gellenthin** ist zum Geheimen Secretär bei der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden ernannt worden. (St.-Anz.)

[Die Abreise Sr. Majestät des Königs] nach Karlsbad, ist auf Dinstag, den 20. d. M., angeordnet. Außer dem Ministerpräsidenten v. Bismarck werden sich in der Begleitung befinden die General-Adjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben, der Oberst v. Treskow, der Hofmarschall Graf v. Perponcher, die Flügel-Adjutanten v. Steinäcker und v. Stiehle, der Geh. Ober-Postrath v. Mühler, der Leib- und General-Arzt Dr. Lauer, der Geh. Hofrath Borck. Dem Vernehmen nach wird sich auch der Kriegsminister v. Roon nach Karlsbad begeben.

[Die Sitzungen des Kron-Syndikats] folgen sich von Tag zu Tag, und dürften am Schlusse dieser Woche beendet sein.

O. C. [Die Geschäftsordnungs-Commission] hat gestern Abend einstimmig die Ablehnung des v. d. Heydt'schen Antrages beschlossen. Die Regierung war in der Sitzung nicht vertreten. Der Antragsteller erschien ziemlich spät und schwieg zu der Aeußerung, daß die Motive zu seinem Antrage wohl nicht von ihm herrühren mögen.

* [Beschlagnahme.] Die „Berl. B.-Z." ist heute wieder confiscirt worden.

Deutschland.

△▽ **Hamburg,** 12. Juni. [Die Strikes. — Auch eine Duell-Affaire. — Gutachten der bürgerschaftlichen Justizcommission.] Die Arbeiter-Strikes werden hier ununterbrochen fortgesetzt. Es sind die drei zahlreichsten Arbeitergenossenschaften, welche augenblicklich eine Lohnerhöhung im Betrage von 25 pCt. zu erzielen suchen, nämlich die Schuhmacher-, die Schneider- und die Tischler- und Instrumentenmacher-Gehilfen. Die Ersteren haben der größeren Anzahl nach bereits eine Gehaltserhöhung von 12 bis 25 pCt. erzielt und ebenso haben sich die meisten Schneidergehilfen auf gütlichem Wege mit ihren Prinzipalen ausgeglichen. Den Letzteren wurde fast ohne Ausnahme eine Gehaltserhöhung von 25 pCt. bewilligt und die definitive Vereinbarung heute auf dem Schneideramthause zwischen Meistern und Gehilfen getroffen. Die Tischler- und Instrumentenmacher-Gehilfen haben dagegen bis jetzt nichts durchgesetzt, wobei indeß nicht außer Acht zu lassen ist, daß ein bindendes Einvernehmen unter den Gehilfen erst auf einer vorgestrigen zahlreich besuchten Versammlung zu Stande kam. Das Auftreten der Gehilfen ist erfreulicher Weise fortgesetzt ein so besonnenes und anerkennenswerthes, daß der Polizeidirektor, Senator Petersen, einer von den Schneidergehilfen entsandten Deputation erklärte, er habe gegen eine eventuelle Arbeitsniederlegung nichts zu erinnern. — In vorletzter Sitzung wurde bekanntlich von der Bürgerschaft der Senatsantrag auf die Einreihung der hamburgischen Cavallerie-Abtheilung in die großherzogl. oldenburgische Armee abgelehnt. Es fielen in der desfallsigen Discussion manche harte Worte über das hamburgische Militär-Commando, und darauf hin soll nun der Oberst Peß einen bekannten demokratischen Abgeordneten, den Tischlermeister J. F. Martens, gefordert haben, was hier in Anbetracht der verwandten berliner Vorgänge zu manchen, anderswo kaum räthlichen Vergleichungsscherzen Anlaß giebt. — Der zu Beginn des vorigen Jahres von der hamburgischen Bürgerschaft zur Prüfung verschiedener Justizvorlagen aus fünf juristischen Mitgliedern gebildete Ausschuß hat vorgestern ein bemerkenswerthes Gutachten erstattet. In demselben wird nämlich nicht allein die Abschaffung der Todesstrafe mit Ausnahme derjenigen Fälle, in denen der Urtheilsspruch dem Kriegsgerichte unterliegt, proponirt, sondern es wird außerdem eine wesentliche Milderung der von dem Senat für sogen. politische Vergehen aufgestellten Strafbestimmungen in Vorschlag gebracht, so wie die Nothwendigkeit der Emanirung eines neuen Criminalgesetzes betont, und zwar das Letztere aus dem Grunde, weil der Ausschuß sich im entgegengesetzten Falle von der Einführung eines neuen Strafprozesses mit Anklageverfahren, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und mit Geschworenengerichten keine günstige Wirksamkeit verspricht.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 14. Juni. (Schluß der gestrigen Abendsitzung. Der Inhalt der Depesche lehnt sich an den obigen Kammerbericht an.) **Ministerpräsident: Der Augustenburger hat, das kann ich versichern, uns so wenig zugestanden, daß wir von Oesterreich täglich mehr erhalten können. Wir stecken uns nicht hinter den König; wir halten dem König Vortrag, und Er befiehlt, was geschehen soll. Würde mir seine Politik nicht zusagen, so könnte ich den Abschied nehmen. In der Abstimmung werden das Amendement Wagener und die Resolution Michaelis verworfen; nachdem die Regierungsvorlage mit großer Majorität abgelehnt worden, wird der Commissionsantrag angenommen. Morgen ist Sitzung: das Invalidengesetz.** (Wolff's T. B.)

Hamburg, 13. Juni. Laut Bekanntmachung der Direction hat die Mecklenburger Eisenbahn im Monat Mai 13,134 Thlr. weniger eingenommen als im Mai vorigen Jahres. Die Mindereinnahme bis zum 1. Juni d. J. gegen die Einnahme bis dahin des vorigen Jahres beträgt demnach 22,700 Thlr.

Literarisches.

[Statistische Literatur.] In der neuesten (Mai-) Nummer der „Zeitschrift des k. pr. statistischen Bureaus" publizirt der Director desselben, Herr Dr. **Engel**, Präsident des letzten internationalen statistischen Congresses, ein Schreiben, in welchem ein Uebelstand zur Sprache gebracht wird, dessen Beseitigung durchaus gemeinnütziges Interesse beanspruchen darf. Es handelt sich dabei um vollständige Gewährung der Portofreiheit für die offiziellen Mittheilungen des statistischen Congresses und seines permanenten Ausschusses. Mag die Statistik, namentlich die offizielle, noch immer ihre großen Mängel haben, und deshalb hinter der Erfüllung ihrer Aufgaben zurückbleiben, so muß doch dabei immer anerkannt werden, daß daran nicht ihre Vertreter und Bearbeiter, sondern die ihnen gewährten viel zu geringen Mittel die Schuld tragen. Ohne eine gute Statistik ist alle Kenntniß und alles Streben auf dem Gebiete aller Lebens-Existenz und Aeußerung des Menschen und Bürgers ewig Stück- und Flickwerk, und vorzugsweise im Interesse des **Volkes** liegt es, daß die Statistik ein Herold aller Wahrheit werde, die dem Staats- und Volksleben direct und indirect Wohl und Besserung schaffen kann. Deshalb glauben wir, daß das **Volk** und seine Vertreter die Statistik überall in ihren Schutz nehmen sollten; diese Protection wird, trotz alles Mißbrauchs, der mit der offiziellen Statistik getrieben werden kann, sicherlich gute Früchte tragen, namentlich alle ehrenhaften Vertreter der offiziellen Statistik in ihrem gemeinnützigen Streben und Wirken, — trotz aller Anfechtung, — stützen und segensreich wirken lassen. Vorurtheile gegen die offizielle Statistik, — wir sagen dies aus langjähriger Erfahrung, — können nur schaden und dieselbe zurücktreiben in den exclusiven Dienst der Regierungen, wo dann das Volk ein Institut zu bezahlen hat, das ihm nichts nützt, eher schadet. In **Preußen** hat das Volk vorzugsweise Grund, sich Glück zu wünschen zu den Leistungen seiner offiziellen Statistik, selbst wo seine oder seiner Vertreter Mehrheit nicht übereinstimmt mit den in Organen derselben geäußerten Ansichten. Der beste Wille, die reinsten Absichten, die dankens- und rühmenswerthesten Leistungen der offiziellen Statistik Preußens bethätigt sich in allen Publicationen, seitdem Hr. Dr. **Engel** die Leitung des „statistischen Bureau's" übernommen. Man mag gegen manche politischen und socialen Ansichten, welche gelegentlich der offiziellen Statistik unter ihrer jetzigen Leitung ausgesprochen worden, seitens der fortgeschritteneren politischen Partei unseres Vaterlandes Protest erheben können: damit ist aber kein Urtheil gesprochen über die technische, über die der **Gemeinnützigkeit** immer mehr zustrebende Leitung der offiziellen Statistik. Man beachte ja, daß alle dem **Volke** mehr als der Regierung nützenden Institute auf dem Wege ihrer Wirksamkeit und ihrer Bestrebungen stets und überall ihre Disteln und Dornen finden. In Betreff der **Statistik** müssen wir übrigens in dieser Beziehung dem jetzigen Ministerium des Innern volle Gerechtigkeit widerfahren lassen; die Bedeutung, den Werth der Statistik in volksthümlichem Interesse, hat sein Vertreter **öffentlich** anerkannt, und wir haben keinen Grund, an seinem Worte und dessen Bedeutung zu zweifeln.

Mit diesem Prologe mag es uns gestattet sein, das **größte** Werk der neuesten Leitung unseres „Statistischen Bureaus" der allgemeinsten Beachtung zu empfehlen, nämlich den jüngst publizirten „**Rechenschafts-Bericht über die 5. Sitzungsperiode des internationalen statistischen Congresses in Berlin**. (Berlin 1865. — 2 Bände). Dies bedeutendste Werk der offiziellen Statistik, unter Mitwirkung der (bei dem Congresse anwesend gewesenen) Vertreter der Privat-Statistik, d. i. des Volkes entstanden, verdient das gründlichste Studium jedes Menschen- und Volksfreundes; denn in ihm kommen ja die wichtigsten und höchsten Leibes- und Geistes-Interessen des Menschen, die wichtigsten Rechte und Pflichten des Staats- und Gemeindebürgers direct oder indirect zur Sprache.

A. F.

[Ueber die Flugschriften Friedrich's des Großen] aus der Zeit des 7jährigen Krieges von Dr. Eduard Cauer, Potsdam 1865. Das ist eine von den kleinen fleißigen Arbeiten, deren wir auf dem Gebiet der preußischen Geschichte leider viel zu wenige haben und deren Erscheinen wir deshalb mit aufrichtigem Danke begrüßen. Wie auf dem Gebiet der Naturwissenschaften durch mikroskopische Forschungen so erhebliche und große Erfolge gewonnen worden, ebenso zieht die Geschichtsforschung reichen Gewinn durch gewissenhafte und treue Erörterung der kleinsten Gegenstände, und wir würden von den großen Männern, welche den Stolz und die Ehre der Nation ausmachen, viel deutlichere und lebensvollere Bilder erhalten, wenn die Historiker nicht leider seit Jahrhunderten sich mehr mit den Haupt- und Staatsactionen, als mit dem rein Menschlichen und Persönlichen in der Geschichte befaßt hätten. Leider nimmt auch die, sonst so sehr belehrende und aufklärende Beschäftigung mit den Gesandtschaftsberichten noch viel zu wenig Rücksicht auf diese rein menschliche Seite! — Was den Gegenstand der kleinen uns vorliegenden Schrift selbst betrifft (sie ist ein Separatabdruck des Osterprogramms für das potsdamsche Gymnasium) so dient sie dazu, die Art und Weise zu erörtern, wie Preußens größter König mitten unter den schwersten kriegerischen und politischen Verwicklungen, seinen Geist durch fortgesetzten Verkehr mit Kunst und Wissenschaft zu erheitern und frei zu erhalten weiß. Am Abend eines Tages voll schwerer Arbeit greift er zur Flöte, und giebt den Gefühlen Ausdruck, die ein König in seiner Brust verschließen muß, oder er entwirft in übermüthiger oder ergrimmter Laune satirische Darstellungen seiner Gegner, und versteckte Rechtfertigungen seiner eignen Handlungsweise. — Die meisten dieser schnell entstandenen Schriften wurden anonym gedruckt, und fanden weite Verbreitung, aber gerade das absichtliche Geheimniß, in welches der königliche Verfasser sich hüllte, die Angabe fingirter oder falscher Druckorte und Verleger, macht es schwer, die echten von den unechten zu sondern, und die Zeitfolge genau festzustellen. Cauer unternimmt dies in Bezug auf die im ersten Jahre des siebenjährigen Krieges (denn von 1760 an waren die Sorgen und Gefahren zu überwältigend, um solche Schöpfungen übersprudelnder Laune zu gestatten), und auf den ersten 50 Seiten der kleinen Schrift erhalten wir viele Belehrungen und Berichtigungen bisheriger Angaben über diese kleinen geistreichen und witzigen Flugschriften, deren Zeitfolge genauer festgestellt wird, als dies durch Preuß bisher geschehen war. Der Verfasser beabsichtigt eine Flugschriftenliteratur des ganzen 7jährigen Krieges zu bearbeiten, und will durch die hier gegebenen Proben zu Beiträgen ermuntern. Sicherlich kann ein solches Unternehmen, dessen großes Interesse unverkennbar ist, in keinen besseren Händen sein, als in denen des Verfassers. Seite 51—64 enthält anhangsweise einen hauptsächlich gegen Friedrich's Verkleinerer gerichteten Aufsatz über das Verhältniß des 7jährigen Krieges zur Religion, und es wird sehr richtig hervorgehoben, wie Friedrich als Feind alles Fanatismus, sehr bewußterweise überall darauf ausging, die Protestanten von dem in Deutschland auf ihnen lastenden Drucke zu befreien, und sich so sehr als ihren Beschützer fühlte, daß er die Befürchtung aussprach, der Protestantismus könnte untergehen, wenn es den Feinden Preußen gelänge, den König zu vernichten, wie es in der Absicht der gegen ihn verbündeten Mächte lag.

Wer sich für die Geschichte Friedrich des Großen interessirt, und welcher Preuße interessirte sich nicht für dieselbe? der wird mit Vergnügen die kleine Cauer'sche Schrift zur Hand nehmen, und den Verfasser nach Kräften durch Nachweisung von Hilfsmitteln unterstützen, welche sich, namentlich auch in Schlesien noch vielfach in Privatbibliotheken und sonstigen Sammlungen befinden.

P. K.

G. **Doge und Papst. Historischer Roman aus dem siebzehnten Jahrhundert in vier Büchern.** Von **Franz von Nemmersdorf.** Zwei Bände. Breslau. Verlag von **Eduard Trewendt.** 1865.

Ueber die Geschichte der Staatseinrichtungen zu Venedig sind erst in neuerer Zeit derartige Aufschlüsse gegeben worden, daß nunmehr die durch Reisehandbücher und Reisebeschreibungen verbreiteten Irrthümer nach und nach wohl verschwinden werden. Auch ohne dieselben, auch ohne den blinden Glauben an die Greuel der venetianischen Staatsinquisition wird Venedig jederzeit das regste Interesse gewähren. In dem vorliegenden Roman bildet eine der wichtigsten, noch für die Gegenwart bedeutendsten Episoden aus der Geschichte Venedig's, der Kampf des Staates mit dem Papst Paul V., der vor einigen Jahren von Bianchi Giovini in dem Leben des Paolo (Pietro) Sarpi so eingehend geschildert worden ist, den Mittelpunkt. Nicht mehr vermochte der Bannstrahl, aus dem Vatican geschleudert, selbst eine bereits im Verfall begriffene Republik zu gefährden, denn ihr stand ein geistiger Heros, Paul Sarpi, berathend zur Seite, ein Heros, der, lebte er heute, die jetzigen italienischen Wirren sicher längst zu einem guten Ende geführt haben würde. Die damalige Zeit mit den ihr eigenthümlichen Charakteren tritt dem Leser in dem Romane lebhaft vor Augen; man begegnet in ihm Menschen von Fleisch und Blut, was nur wenigen unserer neuesten, historischen Romane nachgerühmt werden kann, da diese zumeist nach der Elle zusammengeschneidert werden.

---

* [Festnummer des Hausfreundes.] Die Verlagshandlung (Otto Janke) des beliebten, seit 8 Jahren im besten Renommé stehenden illustrirten Volks- und Familien-Blattes „Hausfreund", herausgegeben von Hans Wachenhusen, hat zur fünfzigjährigen Jubelfeier der denkwürdigen **Schlacht bei Belle-Alliance** eine Festnummer erscheinen lassen, welche wir wegen ihres gediegenen Textes von George Hesekiel: „Zwei rothe Junitage", so wie der prachtvollen und zahlreichen Illustrationen wegen von dem renommirten Schlachtenmaler Fritz Schulz allen Vaterlands-Freunden auf das Angelegentlichste empfehlen. — Der billige Preis von 2½ Silbergr. für zwei große Folio-Bogen, mit zahlreichen Illustrationen von bleibendem Werth (für Behörden, Regimenter, Schulen und Vereine, wie uns mitgetheilt wird, in Partien bezogen, noch bedeutend billiger), muß diesem volksthümlichen Unternehmen diejenige ausgedehnteste Verbreitung verschaffen, welche es nach unserer innersten Ueberzeugung verdient.

---

* [Literarisches] Soeben ist dem Verlage von W. Clar in Breslau die zweite Auflage „der jetzt geltenden polizeilichen Strafverordnungen im Bezirke der königlichen Regierung zu Oppeln", welche von dem königlichen Regierungs-Assessor H. **Giehne**, im amtlichen Auftrage herausgegeben worden ist, erschienen. Die erste Auflage, welche der jetzige Ober-Regierungs-Rath Sack zu Breslau verfaßt hatte, war bereits im Jahre 1850 erschienen, und hat sich für den practischen Gebrauch in einer so außerordentlichen Weise bewährt, daß das Bedürfniß einer zweiten Auflage schon längst sehr fühlbar geworden ist. Diese liegt uns nun gegenwärtig vor, und ist in der Art vervollständigt, daß nicht nur die seit dem Jahre 1850 neu erlassenen und in Kraft getretenen Strafverordnungen Aufnahme gefunden haben, sondern daß auch die inzwischen obsolet gewordenen und aufgehobenen Bestimmungen weggelassen worden sind. Der Verfasser hat sich der unzweifelhaft schwierigen Aufgabe mit großer Sorgfalt und mit Geschick unterzogen, und es wird dieses neue Werk, welches trotz seiner nicht unbedeutenden Erweiterung an Uebersichtlichkeit nichts verloren hat, nicht nur allen Polizei-Anwalten, sondern auch allen Polizei-Verwaltern ein sehr willkommener und unentbehrlicher Rathgeber für den practischen Gebrauch sein. Zur größeren Bequemlichkeit bei der Benutzung des Werkes enthält dasselbe außer dem alphabetischen Sachregister noch ein chronologisches Register, ein Anhang, der jedenfalls in hohem Grade erwünscht ist und für dessen Beifügung dem Verfasser noch ganz besonderer Dank gebührt.

Vorträge und Vereine.

Wohlau, 12. Juni. [Vorschuß-, Gewerbe-Verein.] Gestern wurde der Geschäftsbericht des hiesigen Vorschuß-Vereins pro 1. Quartal des 4. Geschäftsjahres (die Monate März, April und Mai) der 13. General-Versammlung vorgelegt. 84 neue Mitglieder waren in gedachten Monaten dem Vereine zugetreten; 16 Mitglieder wurden dagegen wegen Nichterfüllung der Statuten ausgeschlossen, so daß gegenwärtig 628 Mitglieder verbleiben. An Vorschüssen wurden von der Vereinskasse gezahlt resp. prolongirt vom 1. März bis 31. Mai, in Beträgen zwischen 3—1500 Thlr., 818 Stück zum Gesammtbetrage von 66,060 Thlr. Der Reservefonds ist auf 1230 Thlr. 12 Sgr. und das Guthaben der Mitglieder auf 27,057 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf. gestiegen. Die Vereinsschulden betragen 34,108 Thlr. und an Zinsen waren eingegangen 1399 Thlr. 1 Sgr. Zum Beschluß wurde erhoben der schon früher gestellte Antrag: „daß vom 1. Sept. d. J. ab der Zinsfuß auf 8⅓ % herabgesetzt wird — und daß alle in einem Vierteljahre gemachten Einlagen als Guthaben der Mitglieder erst im darauf folgenden Quartale dividendenberechtigt werden. — Unser Gewerbe-Verein hat zur 3. Jahresfeier seines Bestehens für den 5. Juli einen Ausflug nach Reichwald und Dyhernfurth beschlossen, und wäre es recht erfreulich, wenn benachbarte gleiche Gesinnungsgenossen dort ebenfalls eintreffen würden, um durch gegenseitigen Austausch die Zwecke dieser Vereine zu fördern.

Ohlau, 12. Juni. [Der hiesige Gewerbeverein] machte gestern Nachmittag einen Spaziergang nach der Colonie Thiergarten. Die Mitglieder versammelten sich zu einem gemeinschaftlichen Auszuge auf dem Piastenplatze, welcher um 3 Uhr unter den Klängen der hiesigen Stadtkapelle erfolgte, und dem sich außerhalb des Weichbildes der Stadt ein großer Theil des schönen Geschlechts anschloß. Der Restaurateur **Mischeck** zu „Schleswig-Holstein" in Thiergarten hatte zum Empfange den Eingang so wie das Haus bekränzt und mit Fahnen geschmückt. Die Theilnahme von Seiten der Mitglieder und Freunde des Vereins war so zahlreich, daß die Räumlichkeiten daselbst dicht besetzt waren. Die Gesangsklasse des Vereins, unter ihrem tüchtigen Lehrer **Ibfe**, trug einige Lieder in den Zwischenpausen der Concertmusik unter vielem Beifall vor. Nach einer einstündigen Rast wurde die reizende Partie nach dem angrenzenden Oder- oder Fürstenwalde unternommen, wo unter dem Schatten der alten Eichen gelagert wurde. Die Musik- und Gesangs-Piecen, sowie die humoristischen Vorträge machten den Aufenthalt hier doppelt angenehm. In den Garten des M. zurückgekehrt, wurde bei eingetretener Dunkelheit aufgebrochen und mit bunten Ballons und Fahnen nach und durch die Stadt in den Saal „zur goldnen Krone" einmarschirt, wo noch einige Stunden vergnügt verlebt wurden. Schließlich müssen wir dem Vorstande für das gestrige Vergnügen, welches sich zu einem kleinen Volksfeste gestaltete, unsere Anerkennung aussprechen.

Schützen- und Turn-Zeitung.

Wohlau, 12. Juni. Am letzten Pfingstschießen erwarb durch einen Kernschuß die Königswürde Stadtförster **Knappe** aus Reudchen.

M. **Lublinitz,** 12. Juni. Gestern wurde das Königsschießen der Schützengilde hiesiger Stadt beendet. Schützenkönig wurde der Tischlermeister und Staffirer **Klimsa**; Marschälle der Bürgermeister **Berliner** und Zimmermeister **Poppe**. Der Einzug der Schützen aus dem Schießhause in die Stadt erfolgte um 7 Uhr Abends und vereinigte demnächst ein gemüthliches Abendbrot, welchem auch der Herr Landrath-Amts-Verweser Graf Clairon d'Haussonville beiwohnte, die Schützenbrüder. Nach dem Festessen fand Ball statt. Erwähnenswerth dürfte es sein, daß bei dem diesjährigen Schützenfeste drei höhere königliche Beamte, darunter ein Richter, in die Gilde als Mitglieder eingetreten sind.

Leobschütz, 12. Juni. [Pfingstschießen.] Gleich bei Eröffnung des diesmaligen Pfingstschießens war der bisherige Schützenkönig, Gastwirth und Schieferdeckermeister Hr. **Braunert**, so glücklich, in der ersten sog. Königslage den besten Schuß und zwar einen Sechserschuß für Se. Majestät den König zu thun, in Folge dessen Se. Majestät Wilhelm zum Schützenkönig der hiesigen Schützengilde proklamirt wurde. Da auf die an Se. Majestät abgesandte Depesche zur Zeit des feierlichen Einzuges des neuen Schützenkönigs, wegen Abwesenheit des Königs von Berlin, der allerhöchste Bescheid nicht eintreffen konnte, so übernahm es Hr. Major **Ziemer**, Commandeur der hiesigen Ulanen-Schwadron, sich stellvertretend als Schützenkönig einführen zu lassen, und sowohl an dem feierlichen Einzuge wie auch an dem hierauf folgenden Festballe mit dem ganzen Offiziercorps sich zu betheiligen. Der Einzug des von beiden neucreirten Marschällen, Maurermeister **Schnurpfeil** und Brauermeister **Dienst** geleiteten und mit der Medaille decorirten stellvertretenden Schützenkönigs erfolgte vom Schießhause aus unter den Klängen der Musik und unter Begleitung der städtischen Behörden und einer sehr zahlreichen Volksmenge bis auf den Ring, wo vor dem Rathhause ein Kreis gebildet und von Herrn Major Ziemer ein Hoch auf Se. Maj. den

König ausgebracht wurde. Die kleidsam uniformirten Schützen führten hierauf einen Parademarsch aus, und der Zug ging alsdann in die neue Dienst'sche Brauerei, woselbst ein Souper das Fest in höchst würdiger Weise beschloß. Von den früheren Schützen, welche vor einigen Decennien das Glück hatten, den besten Schuß für den König zu thun, sind zwei noch am Leben; es sind dies der pensionirte Kämmerer Klose und Drechslermeister Rother, welche bei dem gestrigen Einzuge nicht fehlten.

Provinzial-Zeitung.

= **Breslau,** 14. Juni. [Feuer.] Von der Hauptfeuerwache rückte gestern Nachmittag die Landspritze nach Lehmgruben, wo die hinter dem Dorfe belegene Dachpappen-Fabrik in Brand gerathen und beim Eintreffen der genannten Spritze größtentheils schon niedergebrannt war.

Breslau, 14. Juni. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Einem Schiffs-Eigenthümer von seinem zur Zeit am neuen städtischen Packhofe liegenden Oderkahne ein sogen. Scheerkloben mit Metallrade und beweglichem eisernen Haken; Fischergasse 18 ein Portemonnaie mit 4 Thlr. Inhalt; Berlinerstr. 49 ein grünseidener Regenschirm, noch fast neu, mit Holzstock und dgl. Krücke; Ring 29 zwei Kopfkissen mit blau und weiß gestreiften Inletten und roth und weiß karrirten Ueberzügen.

Polizeilich mit Beschlag belegt: Ein kleiner silberner Theelöffel, 2 neusilberne Eßlöffel und 2 neusilberne Theelöffel, letztere E. F. gez.; ein feines leinenes Herren-Oberhemde, roth gez. O. v. C. 12, ein broncirter großer Siegelring von Messing mit einem weiß gestreiften dunklen Stein, ein kleiner broncirter Fingerring von Messing und ein kleiner silberner Ring.

Verloren wurden: Eine graue Cigarrentasche mit einem Damenporträt auf Permutter, in der Tasche befanden sich eine Paßkarte, auf W. Mayer lautend, mehrere Visitenkarten, einige Cigarren und 45 Thlr. in K.-A.; eine schwarze Ledertasche mit diversen Papieren; ein Gesindedienstbuch und drei besondere Dienstführungs-Atteste, auf Anton Pollack lautend.

Gefunden wurden: Eine Brieftasche mit verschiedenen Papieren, auf J. Ambros lautend; ein Portemonnaie mit 1 Sgr. 9 Pf. Inhalt und ein Regenschirm.

Vor einigen Tagen ist ein ca. 20' langer und 1' starker Balken aus der Oder in der Nähe der Ruffer'schen Maschinen-Bauanstalt an das Land gezogen worden. (Fremdenbl.)

4 **Görlitz,** 13. Juni. [Jubiläum. — Wasseruntersuchungs-Commission. — Thierschau.] Wie zu erwarten war, hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer außerordentlichen Sitzung am Sonnabend mit großer Majorität den Antrag des Magistrats auf Bewilligung von weiteren 1000 Thlr. zur Veranstaltung eines officiellen Festmahls abgelehnt, da das angeführte Motiv, daß das Comite alter Schüler sich aufgelöst habe, weil die städtischen Behörden eine Festcommission niedergesetzt haben, nicht als ausreichend anerkannt wurde. Uebrigens ist in dem Programm der Jubelfeier bereits darauf Rücksicht genommen, daß die Spitzen der Behörden, die auswärtigen Deputationen, sowie die Gymnasiallehrer bei dem Festessen Gäste der Stadt sein werden. — Die Feier wird nach dem nunmehr definitiv festgesetzten Programm am 26. und 27. Juni stattfinden. Sie beginnt Früh 6 Uhr mit Morgenmusik, um 9 Uhr findet in der Klosterkirche, jetzigen Dreifaltigkeitskirche Gottesdienst statt, um 10 Uhr die officielle Gratulation in dem Schulgebäude, um 11 Uhr Festactus in der Aula, die zu dem Behuf festlich decorirt und mit den Büsten Homer's und Cicero's auf der Gymnasial- und denen A. v. Humboldts und Lessings auf der Realschulseite geschmückt wird; um 2 Uhr Festessen in der Societät, Abends Konzert in dem illuminirten Heldschen Garten. Am 27. folgt ein Actus der jüngeren Schüler, Nachmittags Spaziergang der Gynasiasten von der Untersecunda abwärts, Abends Fackelzug und gemeinschaftlicher Commers der alten Schüler und der oberen Schüler des Gymnasiums. — Die Naturforschende Gesellschaft hat dem Magistrat die Mittheilung gemacht, daß sie eine Commission von 5 sachverständigen Mitgliedern zur Untersuchung des Gehalts der verschiedenen görlitzer Quellen, sowie des Neißwassers eingesetzt hat, und daß diese ihre Arbeiten beschleunigen wird. Uebrigens ist man seitens der Stadt jetzt auch mit einer Anzahl von Besitzern der Grundstücke, auf denen Abbé Richard Quellen bezeichnet hatte, wegen Ueberlassung der Quellen einig geworden, und es wird demnächst an die Brunnengrabung gegangen werden. — Heute sind an den Straßenecken die Plakate angeschlagen, welche das Programm der Thierschau und landwirthschaftlichen Ausstellung enthalten. Dieselbe wird eigentlich nur einen Tag dauern, doch werden schon morgen und übermorgen Versuche mit den landwirthschaftlichen Maschinen angestellt und am Sonnabend wird die Auction von ausgestellten Thieren stattfinden. Zu der Verloosung sind schon über 20,000 Loose verkauft.

† **Glogau,** 12. Juni. [Communales.] Wir erfahren soeben, daß die Herren Stadtverordneten in der am Mittwoch stattfindenden Sitzung nicht allein die Pensionsangelegenheit des bisherigen Oberbürgermeisters v. Unwerth endgiltig ordnen, sondern auch über die zu treffende Neuwahl beschließen werden. Da man bereits einen Candidaten in der Person eines als sehr tüchtig bekannten Bürgermeisters der Provinz in Aussicht genommen hat, so scheint es, daß eine öffentliche Ausschreibung des vacanten Postens nicht erfolgen wird. — Unsere Stadtverordneten haben in diesem Monat einen weiteren ziemlich wichtigen Wahlact vorzunehmen; die Wahlperiode von fünf unbesoldeten Stadträthen läuft nämlich mit diesem Jahre ab; es sind dies die Herren Stadträthe Bail, Heitemeyer, Lehfeldt, Schädler und Schlitter. Die Neuwahl soll in der am 26. d. M. abzuhaltenden öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten erfolgen.

E. **Hirschberg,** 12. Juni. [Verschiedenes.] Der Hr. Fürstbischof Dr. Förster wird in unserem Thale den 16. d. M., um das h. Sacrament der Firmung auszuführen, erwartet. Den 19. Juni wird Se. fürstbischöfl. Gnaden zur Consecration der kath. Kirche nach Langwasser reisen und auch dort gleichzeitig die Firmung vollziehen. In Schreiberhau sollte eine neue kathol. Kirche gebaut werden; doch ist das Project einstweilen verschoben worden, da der auserwählte schöne Bauplatz von dem derzeitigen Besitzer in Schreiberhau so fabelhaft hoch gehalten wurde, daß man es fürs Beste hielt, Abstand zu nehmen. Der Bau der projectirten neuen Kirche ist auf 50,000 Thlr. veranschlagt. — Auch in der kleinen Gemeinde Agnetendorf, hinter dem Kynaste, woselbst sich seit ein paar Jahren Hr. Fabrikbesitzer Herzig häuslich niedergelassen hat, macht sich jetzt der geistige und materielle Fortschritt bemerklich. So hat man u. A. auch das Bedürfniß eines neuen Schulhauses daselbst eingesehen und es sich bereits angelegen sein lassen, den Neubau in Angriff zu nehmen. — Auf dem Kynaste soll im nächsten Jahre insofern eine Umwandlung geschehen, als man daran denkt, für ein anständiges und geräumiges Lokal zu sorgen. Die derzeitigen Lokalitäten sind so vollständig ungenügend, daß bei eintretenden Unwettern die zahlreichen Gäste oft in die größte Verlegenheit kommen. Eine neue Wirthschaft auf dem Kynaste ist überhaupt Bedürfniß geworden und, wenn ein Referent der „Niederschl. Zeitung" neulich über den miserablen Weg am Fuße des Kynastberges klagte, so können wir demselben nur um so mehr beipflichten, als diese Stelle des Weges in der That unter aller Kritik ist. Gleichwohl muß dabei in Erwägung gezogen werden, daß so weit, wie der Weg schlecht ist, derselbe über den Grundbesitz des Brauer Heinke führt und für diesen jedenfalls gut genug sein mag. Aber, „es führt kein anderer Weg nach Kynast hin!" Um von Hermsdorf aus auf den Kynast zu gelangen, muß man über die Heinkeschen Grundstücke den Weg einschlagen, und da der Mann unmöglich die Verpflichtung haben kann, denselben des Kynastes wegen, im guten Stande zu erhalten, so wäre es doch wohl in der Ordnung, wenn die Verwaltung Rücksprache mit ihm nähme und dann gewiß die Genehmigung erhielt, auf ihre Kosten den Weg an beregter Stelle so herzustellen, wie es nöthig ist. Mit der Reform des Weges könnte übrigens, bei der neuen Verpachtung im künftigen Jahre, auf dem Kynaste selbst eine solche nicht schaden. Wer auf den Thurm steigen und „bei der Aussicht" das „Echo" hören will, mag bezahlen. Daß man jedoch, ohne es haben zu wollen, in die Burg hineingetrommelt und dort nebenbei noch, im Interesse „der hermsdorfer Armen", von einer anstelligen Persönlichkeit mit einem Fingerzeige auf die am Pfahl geschlossene „Armenbüchse" und angebettelt wird, ist mehr, als ein fremder Burgbesucher von den Aussichten dort oben erwarten konnte. Dabei wird nicht einmal darauf Rücksicht genommen, ob man liberal gewählt hat.

Hirschberg, 12. Juni. [Schneefall auf dem Gebirge.] So wie der Monat Mai sich fast durchweg durch große Wärme auszeichnete, wobei nach der anhaltenden Trockenheit die nachfolgende Schwüle schließlich allerdings häufige und heftige Gewitter hervorrief, so charakterisirt sich der Juni noch fortwährend durch kalte Regenschauer, die er uns bringt. Heute Vormittag ging der heftige Regen theilweise in Hagelwetter über; zu Mittag aber, als die Wolken sich lichteten, sahen wir den Gebirgskamm wieder vollständig mit dem weißen Wintergewande bekleidet. Das Thermometer zeigt gegen 2 Uhr Nachmittags nur 5 Gr. R. Wärme. (Geb.-Bote.)

△ **Reichenbach,** 12. Juni. [Studentencommers. — Betrug. — Militärisches.] Mit dem Mittagszuge kamen vorgestern die Mitglieder der Studentenverbindung „Germania" hier an. Dieselben wurden am Bahnhofe von einer Musikkapelle empfangen und rückten in die Stadt mit einer Fahne in den deutschen Farben, die Präsiden in vollem Wix, ein. Nach mehrstündigem Aufenthalte, welchen die flotten Burschen zu verschiedenen improvisirten Scherzen benützten, fuhren die Studiosen in grüngeschmückten Erntewagen nach der Ulbrichshöhe, wo gestern und heute der Antrittscommers stattfand. Gestern war gleichzeitig Concert in Ulbrichshöhe und diese doppelte Veranlassung lockte trotz des ungünstigen Wetters ein zahlreiches Publikum herbei. — In der letzten Sitzung der Criminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts wurde eine Frau verurtheilt, welche in etwa 40 Fällen sich als Gesindevermietherin ausgegeben hatte und mit gefälschten Dienstentlassungsattesten ländlichen Besitzern Knechte und Mägde vermiethete, die natürlich unsichtbar blieben. Der Lohn des Betruges bestand stets in einer kleinen Geldvergütung. Es ist auffallend, daß eine doch sehr plump angelegte Gaunerei so oft glücken konnte. Einem Bauergutsbesitzer in E. hatte die Gaunerin gleichzeitig 4 Dienstboten für den 1. April vermiethet. Nach Abzug des bisherigen Gesindes sah sich der Geprellte in der größten Verlegenheit. — Ein Theil unseres Offiziercorps ist nach Wohlau zur Landwehrübung abcommandirt. Herr Oberstlieutenant v. François führt während der 14tägigen Uebung das Landwehr-Bataillon Wohlau. — In Dreißighuben hiesigen Kreises hat eine Anzahl von Webern einen Zweigverein des allgemeinen deutschen Arbeitervereins gebildet.

M. **Lublinitz,** 12. Juni. [Chaussee. — Wallfahrten.] Der Herr Graf Guido Henckel von Donnersmark auf Neudeck, welcher die dem während der polnischen Insurrection ermordeten Rittergutsbesitzer Limainski gehörig gewesene Herrschaft in Polen acquirirt hat, hat den Bau einer Chaussee von Czenstochau nach der preußischen Grenze bei Herby begonnen, und erwartet man die Beendigung derselben im künftigen Jahre; die Länge der Strecke beträgt über 2 Meilen. Durch Vollendung dieses Baues dürften voraussichtlich die Verkehrsverhältnisse unseres Städtchens mächtig gehoben werden, da dann eine wesentlich erleichterte Communication mit dem Königreich Polen stattfinden wird. — Fast täglich ziehen Schaaren von Wallfahrern aus allen Gegenden Oberschlesiens, oft mit ganzen Wagenburgen, hier durch, um zu dem sehenswerthen Kloster in Czenstochau zu pilgern.

c. **Aus dem Kreise Ratibor,** 12. Juni. [Unglücksfälle. — Witterung.] Da mehrfach im Kreise beim Baden Unglücksfälle vorgekommen sind, bringt das „Kreisblatt" die in Bezug auf das Baden an nicht abgesteckten Orten bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Erinnerung. Ortsgerichte und Lehrer werden ermahnt, Eltern und Kinder auf das Gefahrvolle des Badens an derartigen Orten in eindringlicher Weise aufmerksam zu machen. Das beste Präservativ bleibt freilich, die Jugend so zeitig wie möglich schwimmen lernen zu lassen, wozu in Ratibor gute und billige Gelegenheit vorhanden ist. — Die Sammlung für die verhagelten armen Ortschaften Groß- und Klein-Gorzütz und Bilschnitz nimmt erfreulichen Fortgang. Der Herzog von Ratibor hat 50 Scheffel Haidekorn geschenkt, welches sich zur Nachsaat eignet. — Die Saaten stehen im Allgemeinen gut, dagegen ist der Raps nur an einzelnen Stellen erträglich, vorzüglich steht er in Annaberg bei Oderberg. Das Heu ist zum großen Theil noch nicht eingebracht; es wäre höchst wünschenswerth, daß das veränderliche Wetter einigen schönen Tagen wiche, damit die Ernte nicht das traurige Schicksal des vorigen Jahres ereilt.

Briefkasten der Redaktion.

An H. in Charlottenbrunn. — Die Thatsachen sind uns recht wohl bekannt. Die Gründe liegen aber nahe, weshalb wir sie in unserem Leitartikel in Nr. 267 der Ztg. nicht so erwähnen konnten, wie wir wollten.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 13. Juni 10 U. Ab.	331,69	+7,8	W. 2.	Bedeckt.
14. Juni 6 U. Mrg.	331,13	+7,6	W. 3.	Trübe.

Breslau, 14. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 14 F. 3 Z. U.-P. 1 F. 3 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 13. Juni, Nachm. 3 Uhr. Die Börse blieb geschäftslos, sämmtliche Werthpapiere waren angeboten. Die 3proz. begann zu 67, 35, wich bis 67, 25 und schloß unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 90⅜ gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 27½. Ital. 5proz. Rente 66, 70. 3proz. Spanier 40¾. 1proz. Spanier 40. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 428, 75. Credit-Mobilier-Aktien 755, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 493, 75.

London, 13. Juni, Nachm. 4 Uhr. Consols 90⅜. 1proz. Spanier 40½. Sardinier 72—75. Mexikaner 24½. 5proz. Russen 91½. Neue Russen 90½. Silber 60½—60⅝. Türkische Consols 49⅝. 6proz. Ver St.-Anleihe pr. 1882 68. Hamburg 3 Monate 13 Mk. 9¼ Sh. Wien 11 Fl. 12½ Kr.

Triest, 13. Juni. Der fällige Lloyddampfer mit der Ueberlandspost ist soeben 3 Uhr Nachmittags aus Alexandrien hier eingetroffen.

Halle, 13. Juni, Abends. Bis jetzt beträgt die Anfuhr zum hiesigen Wollmarkt 5000 Ctr., wovon 3200 Ctr. bereits verkauft sind.

Wien, 13. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Sehr verstimmt. — Schluß-Course: 5proz. Metall. 69, 75. 1854er Loose 86, —. Bank-Aktien 800, —. Nordbahn 169, —. Nat.-Anl. 74, 80. Credit-Aktien 179, 90. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 181, 30. Galizier 201, 75. London 108, 75. Hamburg 80, 75. Paris 43, 25. Böhm. Westbahn 165, —. Credit-Loose 125, 25. 1860er Loose 91, 20. Lomb. Eisenb. 217. Neues Lotterie-Anl. —.

Frankfurt a. M., 13. Juni, Nachm. 2½ Uhr. Flau. Amerikaner fest. Medioabrechnung günstig. Nach Schluß der Börse Amerikaner 72½. Schluß-Course: Wiener Wechsel 109. Finnl. Anl. 85¾ B. Neue 4½proz. Finnl. Pfandbriefe 85⅝. 6proz. Ver. Staaten-Anl. pr. 1882 72⅝. Oesterr. Bank-Anth 870. Oesterr. Credit-Aktien 195½. Darmst. Bank-Aktien 230 B. Oesterr.-Französ. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 120¾. Böhm. Westbahn 77¼. Rhein-Nahebahn 31⅝. Ludwigsh.-Bexbach 150½. Hess. Ludwigsbahn —. Darmst. Zettel-Bank 252 B. 1854er Loose 79⅜ B. 1860er Loose 85¾ B. 1864er Loose 91¼. Oesterr. Nat.-Anl. 68 B. 5proz. Metall. 63⅛ B. 4½proz. Metall. 55¾ B.

Hamburg, 13. Juni, Nachm. 2½ Uhr. Neue Ruff. Prämien-Anl. 83. Regenwetter. Schluß-Course: National-Anleihe 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 83. Oesterr. 1860er Loose 84¼. Vereinsbank 106⅛. Norddeutsche Bank 116¼. Rheinische 114. Nordbahn 74⅛. Finnl. Anl. 84½. 6proc. Ver. Staaten-Anl. pr. 1862 65⅝. Disconto 2¼ %. Wien 82, 50. Petersburg 27⅝.

Hamburg, 13. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest bei größerem Geschäft. Pr. Juni-Juli 5400 Pfd. netto 95 Bancothaler Br., 94 Gd. pr. Sept-Okt. 100 Br., 99 Gd., fester. Roggen loco fest. Pr. Juni-Juli 5100 Pfd. brutto 84 Br., 83 Gd., pr. Sept.-Okt. 71 bez., Gd. u. Br., fester. Ab Danzig pr. Sept.-Okt. 65—66 bez., einzeln zu 66—67 zu erhalten. Oel loco 27½, pr. Oktbr. 27⅞—28. Kaffee in Folge starker Rio-Abladungen ruhig. 1500 Sack Rio verkauft. Zink loco 1000 Ctr. 14⅞, 1000 Ctr. Juli-August 14¾, 1000 Ctr. August-Sept. 14 13/16.

Liverpool, 13. Juni, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 8—10,000 Ballen Umsatz. Fest. Amerikanische 17, fair Dhollerah 11¼, middling fair Dhollerah 10¼, middl. Dhollerah 9¼, Bengal 6¾, China 9, Oomra 11½, Pernam 16¼.

Berlin, 13. Juni. Neben der Geschäftsstille der letzten Tage machte sich heute auch noch eine matte Tendenz bemerkbar, die namentlich in der Haltung der österreichischen Papiere und in schles. Eisenbahnactien, mit alleiniger Ausnahme der Neisse-Brieger, sich abspiegelte. Auch für Nordbahn war die Geschäftslust im Schwinden, während sich für Genfer Credit bei steigender Tendenz und allenfalls auch für Moldauer und Minerva noch einiges Interesse wahrnehmen ließ. Warschau-Wiener Bahnactien blieben auf gute Mehreinnahmen hin gefragt, und in den Actien der Nordd. Schiffsbaugesellschaft vollzogen sich größere Abschlüsse, deren Grundlage in der Einführung des Papiers an den Markt zu suchen sein mag. Preuß. Fonds entbehrten jeder Anregung, indeß stellte sich der Cours der 5procent. und freiwilligen Anleihe ⅛ höher; fremde Staatspapiere waren vielfach nicht zu vollen letzten Preisen an den Mann zu bringen; Amerikanische Anleihe war in fester Haltung. Disconten sind zu 3¼ pCt. selten zu placiren, man bewilligte fast immer 3½ pCt. (B.- u. H.-Z.)

Berlin, 13. Juni. Weizen loco 45—60 Thl. nach Qualität, feiner weißer thorner 58 Thl. ab Kahn bez. — Roggen loco 80—83pfd. 39½—40½ Thl. ab Boden, 80—82pfd. 39⅝—¾ Thl. ab Kahn, 81—82pfd. im Tausch gegen Juni-Juli mit ⅛ Thl. Aufgeld verkauft, schwimm. eine Ladung im Kanal 81—82pfd. 39¾ Thl. bez., pro Juni und Juni-Juli 38¾—⅝—⅞ Thl. bez. und Gld., 40 Thl. Br., Juli-Aug. 40—39⅞—40⅛ Thl. bez., Aug.-Sept. 41—41¼ Thl. bez., Sept.-Okt. 42—¼—42—⅜ Thl. bez., Okt.-Nov. 42½—¾ Thl. bez. und Gld., 43 Thl. Br., in einem Falle 43 Thl. bez., Nov.-Dez. 42½—43 Thl. bez. — Gerste, große und kleine 30—34 Thl. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 25—29 Thl., warthebrucher 26½ Thl. ab Bahn bez., pomm. 27½ Thl. ab Bahn bez., feiner desgl. 28½ Thl. ab Bahn bez., geringer schles. 25¼ Thl. ab Bahn bez., poln. 26 Thl. dito, Lieferung pr. Juni nom., Juni-Juli 25⅝ Thl. bez., Juli-Aug. 25¾ Thl. Br., Aug.-Sept. 24¾ Thl. Br., Sept.-Okt. 24 Thl. bez. und Gld., Okt.-Nov. 24 Thl. Br. — Erbsen, Kochwaare 50—55 Thl., Futterwaare 46—50 Thl., Mittelwaare 50 Thl. ab Bahn bez. — Winterraps 104—106 Thl. neuer Ernte pro August-Lieferung geboten. — Winterrübsen 102—104 Thl. neuer Ernte pro August-Lieferung geboten. — Rüböl loco 13½ Thl. Br., Juni und Juni-Juli 13 5/12 Thl. bez., Juli-Aug. 13⅓—11/24 Thl. bez. und Gld., ½ Thl. Br., Aug.-Sept. 13⅝ Thl., Sept.-Okt. 13¾—⅝ Thl. bez., Okt.-Nov. 13⅚—⅞ Thl. bez. — Leinöl loco 12⅓ Thl. — Spiritus loco ohne Faß 14¾—⅞ Thl. bez., Juni und Juni-Juli 14⅙—1/12 Thl. bez. und Gld., ⅛ Thl. Br., Juli-Aug. 14 7/24—⅛ Thl. bez. und Gld., ⅙ Thl. Br., Aug.-Sept. 14 7/12—5/12 Thl. bez. und Gld., ½ Thl. Br., Sept.-Okt. 14⅔—⅛ Thl. bez. und Gld., 1/12 Thl. Br., Okt.-Nov. 14⅝—⅛ Thl. bez., Nov.-Dez. 14 13/24—11/12 Thl. bez.

Weizen wenig gehandelt. Im Roggen-Termingeschäft fand heute eine Fortsetzung der an gestriger Börse schon zu größeren Erfolgen gelangten Hausse, wenn auch nicht in so großem Umfange, statt. Trotzdem der Markt solcher Lebhaftigkeit wie gestern und mancher zur Stütze dienender Momente entbehrte, welche ein Erschlaffen der Thätigkeit und größere Angebote während mittlerer Marktzeit zuließen, so waren dennoch, je näher zu Ende, die ersten Course wiederum Geld, dagegen eine Abnahme der Geschäftsschlüsse trotz größerer Festigkeiten unverkennbar. — Waare wurde zu notirten Preisen bei sehr schleppendem Absatz wieder um Kleinigkeiten gehandelt. Gek. 2000 Ctnr. — Hafer loco wenig gefragt. Termine fest. Gek. 600 Ctnr.

In Rüböl herrschte feste Stimmung, doch blieb der Verkehr nur klein, da Verkäufer nur schwach vertreten waren, zogen Preise um ⅙ Thl. an. — Spiritus wurde, da sich zu Anfang mehr Kauflust als erwartet wurde, zeigte, erhöht, da man jedoch contant befriedigt wurde, so ermattete die Stimmung sehr bald, so daß man schließlich wieder etwas billiger ankommen konnte.

Berliner Börse vom 13. Juni 1865.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	101⅞ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	106 bz.
dito 1850, 52	4	98¾ bz.
dito 1853	4	98¾ bz.
dito 1854	4½	102 bz.
dito 1855	4½	102 bz.
dito 1856	4½	102 bz.
dito 1857	4½	102 bz.
dito 1858	4½	102 bz.
dito 1864	4½	102 bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129⅞ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ G
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	86¼ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	85¾ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	95⅞ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	91¼ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	97 G.
Rentenbriefe. Pommersche	4	97¼ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	96½ bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	97 bz. u. G.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	98½ G.
Rentenbriefe. Sächsische	4	98½ B.
Rentenbriefe. Schlesische	4	98¾ B.

Louisd'or 111½ bz. | Oest. Bkn. 93⅝ bz.
Goldkronen 9. 9½ G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	65 bz.
dito Nat.-Anl.	5	70¼ B.
dito Lott.-A. v. 60	5	85⅝ à ¼ bz.
dito dito 64	—	52 bz. u. B.
dito 54er Pr.-A.	4	81 B.
dito Eisenb.-L.	—	78 G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	65 B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	91¼ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	94⅜ bz.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73½ gr. Ap., kl.
Poln-Pfandbr. III. Em.	4	74¾ bz G [73 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90¾ etw. bz. B.
dito à 300 Fl.	5	92½ bz.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	54¾ G.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	— — —
Amerikan. St-Anl.	6	72⅞ à ¾ à ⅞ bz
Schwed. 10 Th. Loose	—	— —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	101¼ bz.
dito II.	4½	100¼ G.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	82⅞ G.
Cöln-Minden	4½	101½ G.
dito II.	5	105 B
dito	4	— — —
dito III.	4	92⅞ bz.
dito	4½	101 B
dito IV.	4	92½ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	90¼ G.
dito III. Em.	4½	95⅞ B.
Galiz. Ludwigsb.	5	88⅛ B.
Niederschl.-Märk.	4	96¼ G.
dito conv.	4	96¼ G.
dito III.	4	94⅛ B
dito IV.	4½	101 G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	83¼ B.
dito C.	4	95⅝ G.
dito D.	4	95⅝ G.
dito E.	3½	83¾ bz.
dito F.	4½	102 G
Oest.-Franz.	3	256½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	245 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	101½ bz.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	100⅝ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1864	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	4 7/30	3½	— — —
Aachen-Mastrich	—	—	4	49⅝ bz.
Amsterd.-Rottd.	6¼	6 19/20	4	123 G.
Berg.-Märkische	6½	7½	4	136 bz.
Berlin-Anhalt	9¾	11⅝	4	194 etw. bz. u. B.
Berlin-Görlitz	—	—	4	90 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	100¼ bz.
Berlin-Hamburg	7¼	10	4	144 bz. u. G.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	16	4	224½ bz.
Berlin-Stettin	8⅛	8⅛	4	135½ bz. (i. D.)
Böhm.-Westb.	5	5	5	77½ à 77 bz.
Breslau-Freib.	7½	8⅔	4	142 B.
Cöln-Minden	12 11/12	15 11/12	3½	232 G.
Cosel-Oderberg	1½	¾	4	59⅝ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	86¼ B.
dito dito	—	—	5	91¾ B.
Galiz. Ludwigsb.	6	9	5	98 bz.
Ludwigsh.-Bexb.	9	9⅕	4	151 bz.
Magd.-Halberst.	22⅔	25	4	243 bz.
Magdb.-Leipzig	17	18¾	4	269 G.
Mainz-Ludwigsh.	7	7½	4	128⅞ bz.
Mecklenburger	2½	3½	4	81½ bz.
Neisse-Brieger	4⅓	4⅓	4	89½ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	96½ G.
Niederschl. Zwgb.	2⅔	4 1/12	4	84 B.
Nordb., Fr.-Wilh.	3 7/12	—	4	75¼ à 74¾ à 75 bz.
Oberschles. A	10½	10	3½	171½ bz.
dito B.	10½	10	3½	153 bz.
dito C.	10½	10	3½	171½ bz.
Oestr.-Fr. St. B.	5	5	5	113 bz. u. B.
Oest. südl. St.-B.	8	8	5	134¼ à 134 bz.
Oppeln-Tarn	2½	3¼	4	79½ bz.
Rheinische	6	6¼	4	115⅛ bz.
dito Stamm-Pr.	6	6¼	4	117 bz.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29⅝ bz.
Rhr.Crf.K.Gldb.	5	6⅜	3½	103 bz.
Stargard-Posen	4⅗	3½	3½	97¼ B.
Thüringer	7⅗	8	4	133¾ bz.
Warschau-Wien	—	—	5	69⅝ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1863	1864	Zf.	
Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	131 bz. u. G.
Braunschw. B.	—	—	4	84¼ G.
Bremer Bank	5⅘	7 3/10	4	116 B.
Danziger Bank	6	7½	4	115¾ G.
Darmst. Zettelb.	6	8	4	101⅛ G.
Geraer Bank	7	8	4	105¾ B.
Gothaer „	6½	7	4	101⅛ G.
Hannoversche B.	5⅕	5⅜	4	96½ etw. bz.
Hamb. Nordd. B.	6⅜	7⅝	4	116 B.
„ Vereins-B.	6 13/32	7 21/32	4	106 G.
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	111 G.
Luxemburger B.	9	4	4	83½ G.
Magdeburger B.	4½	5 9/10	4	102 G.
Posener Bank	5 8/15	7	4	100¾ G.
Preuss. Bank-A.	7 37/40	10 19/20	4½	145½ bz.
Thüringer Bank.	4	4	4	76½ G.
Weimar „	5½	7	4	101 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	111 B.
Coburg. Credb. A.	7	8	4	99 G.
Darmstädter „	5½	6	4	91⅝ B.
Dessauer „	—	—	—	2¾ p. St. B.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	101¾ G.
Genfer Credb. A.	1	—	4	43 mehr bz.
Leipziger „	4	4	4	84½ G.
Meininger „	7	7¼	4	101⅞ B.
Moldauer Lds.-B.	2⅛	2⅛	4	28 bz.
Oesterr. Credb. A.	6	5	5	84⅛ à 84 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6½	4	110¾ B.
Minerva	—	—	5	36¼ bz. u. G.
Fbr. v. Eisenbbfd.	8	8½	5	118 B.
Schles. Feuerv.	—	8	4	— — —

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143¾ bz.
dito dito	2 M.	143 bz.
Hamburg 300 Mk	8 T.	152 bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 23¼ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80 11/12 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	93⅜ bz.
dito dito	2 M.	92⅝ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
dito dito	2 M.	99⅛ G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	89⅛ bz.
dito dito	3 M.	88⅜ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	80½ bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	111 bz.

\# **Breslau,** 14. Juni. Wind: West. Wetter: kühl. Thermometer Früh 8 Grad Wärme. Der Geschäftsverkehr blieb im Allgemeinen ungeachtet der für Roggen besseren Frage beschränkt, Angebote und Zufuhren behielten mittelmäßigen Umfang.

Weizen unverändert, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 62 bis 68 Sgr., wenig erbrochene 54—60 Sgr., erwachsene 50—52 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 54 60, Sgr. wenig erbrochene 50—56 Sgr., erwachsene 46—49 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen höher bezahlt, pr. 84 Pfd. 46—47 Sgr., feinste Sorte 48 Sgr. und darüber bezahlt. — Gerste matt, pr. 74 Pfd. weiße 37—38 Sgr., helle 32—34 Sgr., gelbe 30—31 Sgr. — Hafer etwas fester, pr. 50 Pfund 27—29—30 Sgr. — Erbsen fehlen. — Wicken angeboten, 59—60—62 Sgr. — Oelsaaten ohne Umsatz. — Lupinen wenig zugeführt. — Schlesische Bohnen ohne Umsatz. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapskuchen sehr gefragt, 58—60 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen, alter	60—65—74	Erbsen	60—65—70
„ „ neuer	59—64	Wicken	58—60—61
Gelber Weizen, alter	60 64—69	Lupinen	45—60—75
„ „ neuer	55—60	Bohnen	70—80—92
Erwachsener Weizen	46—49—53		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	46—47—48	Schlag-Leinsaat	160—180—190
Gerste	31—33—38	Winter-Raps	— — —
Hafer	26—29—31	Winter-Rübsen	— — —

Kleesaat ohne bemerkenswerthen Umsatz.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 20—24 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 13 5/12 Thlr., Juni 13⅓ Thlr., pr. Herbst 14⅙ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13⅝ Thlr., Juni 13 7/12 Thlr., Herbst 14⅙ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.